



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI**
Berufsbildungspolitik

Grundlagenbericht zur Attraktivität der Berufsbildung: Status quo und Sondierung des Handlungsbedarfs

Bericht über die Ergebnisse der Konsultation

(16. April 2025 bis 16. Juni 2025)

03.09.2025

Inhalt

1	Einführung.....	4
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Ablauf der Konsultation.....	4
1.3	Eingegangene Stellungnahmen	4
2	Zusammenfassung der Stellungnahmen.....	6
2.1	Auswahl der Themen	6
2.1.1	Bund	6
2.1.2	Bildungsbereich	6
2.1.3	Wirtschaft.....	8
2.1.4	Weitere	8
2.2	Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen	9
2.2.1	Bund	9
2.2.2	Bildungsbereich	9
2.2.3	Wirtschaft.....	10
2.2.4	Weitere	11
2.3	Qualität der Bildung	12
2.3.1	Bund	12
2.3.2	Bildungsbereich	12
2.3.3	Wirtschaft.....	13
2.3.4	Weitere	15
2.4	Nahtstelle I: Berufsbildung - Allgemeinbildung	16
2.4.1	Bund	16
2.4.2	Bildungsbereich	16
2.4.3	Wirtschaft.....	17
2.4.4	Weitere	18
2.5	Berufsmaturität.....	19
2.5.1	Bund	19
2.5.2	Bildungsbereich	19
2.5.3	Wirtschaft.....	20
2.5.4	Weitere	21
2.6	Nahtstelle II: Anschluss Berufsbildung – Arbeitsmarkt.....	22
2.6.1	Bund	22
2.6.2	Bildungsbereich	22
2.6.3	Wirtschaft.....	23
2.6.4	Weitere	24
2.7	Zugang zur Berufsbildung ermöglichen	25
2.7.1	Bund	25
2.7.2	Bildungsbereich	25
2.7.3	Wirtschaft.....	26
2.7.4	Weitere	27
2.8	Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen	29
2.8.1	Bund	29
2.8.2	Bildungsbereich	29
2.8.3	Wirtschaft.....	30
2.8.4	Weitere	31
2.9	Höhere Berufsbildung	32
2.9.1	Bund	32
2.9.2	Bildungsbereich	32

2.9.3	Wirtschaft.....	33
2.9.4	Weitere	34
2.10	Rahmenbedingungen	35
2.10.1	Bund	35
2.10.2	Bildungsbereich	35
2.10.3	Wirtschaft.....	36
2.10.4	Weitere	37
2.11	Priorisierung der Betrachtungsfelder	38
2.11.1	Bund	38
2.11.2	Bildungsbereich	38
2.11.3	Wirtschaft.....	39
2.11.4	Weitere	40
2.12	Bemerkungen.....	41
2.12.1	Bund	41
2.12.2	Bildungsbereich	41
2.12.3	Wirtschaft.....	41
2.12.4	Weitere	42
3	Anhang	43
3.1	Liste der Abkürzungen.....	43
3.2	Liste der Stellungnehmenden	43

1 Einführung

1.1 Ausgangslage

Wie der Bildungsbericht Schweiz 2023 und weitere Studien zeigen, ist die Schweizer Berufsbildung grundsätzlich gut aufgestellt und geniesst im In- und Ausland einen hohen Stellenwert. Die Berufsbildung findet sehr arbeitsmarktnah statt, wodurch der Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtert wird.

Es stellt sich die Frage, wie es auch in Zukunft gelingt, die Schweizer Wirtschaft weiterhin über das von ihr selbst mitverantwortete Aus- und Weiterbildungssystem mit den passenden Fach- und Führungskräften zu versorgen. Auch sollen Jugendliche und Erwachsene die Möglichkeit haben, Kompetenzen zu erwerben, die einen effizienten Übergang in den Arbeitsmarkt sowie die Teilhabe am lebenslangen Lernen ermöglichen. In den letzten Jahren weisen verschiedene Signale aus Wirtschaft, Gesellschaft, Forschung und Politik darauf hin, dass die Attraktivität der Berufsbildung zu überprüfen und die aufgeworfenen Fragen ganzheitlich und mit Blick auf das Gesamtsystem näher zu untersuchen sind.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage 2024 das Projekt *Attraktivität der Berufsbildung* lanciert. Mit dem Projekt sieht das SBFI unter anderem vor, bis im Herbst 2025 eine Standortbestimmung zur Attraktivität der Berufsbildung vorzunehmen. Diese soll aufzeigen, in welchen Bereichen prioritär Handlungsbedarf besteht, und konkrete Massnahmen enthalten. Die Untersuchung erfolgt in einem breitabgestützten Prozess. Dabei werden sowohl die Verbundpartner der Berufsbildung konsultiert als auch Akteure ausserhalb der Berufsbildung. Die Tripartite Berufsbildungskonferenz (TBBK) begleitet das Projekt.

Die Sondierung der Grundlagen bzw. des Handlungsbedarfs wurde am nationalen Spitzentreffen der Berufsbildung im November 2024 lanciert. An der Verbundpartnertagung vom 18. März 2025 haben die Akteure, ausgehend von der Initiative *Berufsbildung 2030*, die wichtigsten Herausforderungen der Berufsbildung diskutiert. Die Ergebnisse der Verbundpartnertagung sind in den Grundlagenbericht *Status quo und Sondierung des Handlungsbedarfs* zur *Attraktivität der Berufsbildung* aufgenommen worden. Dieser Grundlagenbericht haben die Akteure der Berufsbildung und andere interessierte Kreisen vom 16. April bis 16. Juni 2025 zur Stellungnahme erhalten. Die Ergebnisse dieser Konsultation sind im vorliegenden Konsultationsbericht zusammengefasst.

1.2 Ablauf der Konsultation

Ziel der Konsultation war, Akteure innerhalb und ausserhalb der Berufsbildung zum Status quo der Berufsbildung sowie zu einem allfälligen Handlungsbedarf zu befragen. Als Grundlage für die Stellungnahmen diente der nach Betrachtungsfeldern aufgebaute Grundlagenbericht zur Attraktivität der Berufsbildung des SBFI mit dem Titel *Status quo und Sondierung des Handlungsbedarfs*.

Die Konsultationsfragen lauteten:

- Wie beurteilen Sie den Status quo in den einzelnen Betrachtungsfeldern?
- Wo sehen Sie in den einzelnen Betrachtungsfeldern Handlungsbedarf?
- Welche Betrachtungsfelder sind aus Ihrer Sicht prioritär anzugehen?

1.3 Eingegangene Stellungnahmen

Insgesamt sind 83 Stellungnahmen eingegangen. Es handelt sich dabei einerseits um konsolidierte Stellungnahmen – namentlich seitens der Dachorganisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und den durch sie vertretenen Organisationen sowie von Konferenzen – als auch um die Stellungnahme einzelner Organisationen. Die Dachorganisationen der Arbeitgebenden haben die 50 Mitgliederorganisationen explizit namentlich aufgeführt, die sich an der Diskussion beteiligt haben und die Stellungnahme unterstützen. Die Namen der Organisationen finden sich in Kapitel 3 in der Liste der Stellungnehmenden im Anhang. Arbeitgebende, die eine separate Stellungnahme verfasst haben und

sich gleichzeitig auf die Stellungnahme der Dachverbände beziehen, werden in der Liste sowie im Text nochmals separat erwähnt.

Die eingegangenen Stellungnahmen stammen von 5 Bundesämtern, 3 kantonalen Konferenzen und 26 kantonalen Ämtern (16 Berufsbildungsämter, 8 Volksschulämter, 1 Mittelschulamt und 1 weiteres Amt), 13 öffentlichen und privaten Bildungsanbietern der Sek II-Stufe, 4 Organisationen aus dem Tertiärbereich, 2 privaten und 2 öffentlichen Vertretungen der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB), 11 Arbeitgeber- und 6 Arbeitnehmerorganisationen, 1 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation (jeweils unter Arbeitgeberorganisationen aufgeführt und mit +1 bei den Stellungnahmen mitgezählt), 3 Betrieben und 7 weiteren Interessierten.

Die eingegangenen Stellungnahmen sind in folgende Bereiche zusammengefasst:

- Bund
- Bildungsbereich (Kantone, Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe, Tertiärbereich, BSLB)
- Wirtschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
- Weitere

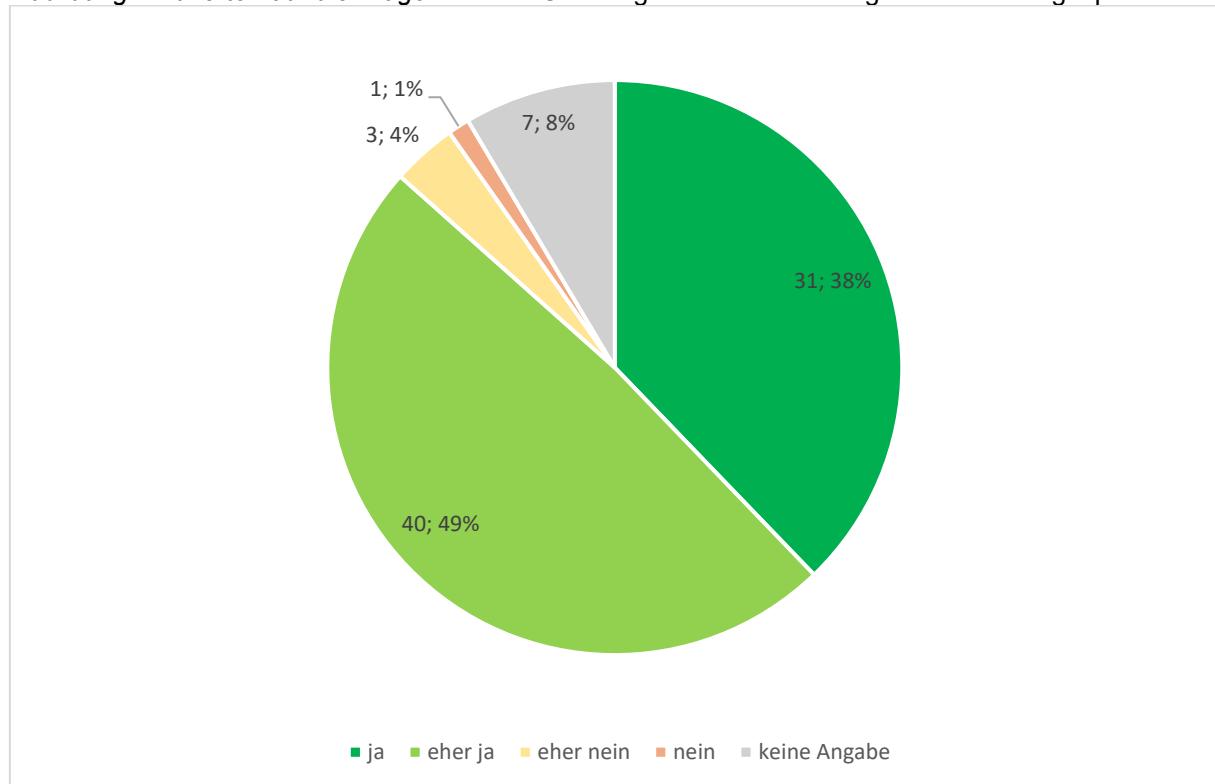
Die Konsultationsteilnehmenden werden im gesamten Ergebnisbericht mit einem Kürzel bezeichnet. Die Erläuterung der Kürzel findet sich in der Liste der Konsultationsteilnehmenden im Anhang in Kapitel 3. Die Kürzel werden im folgenden Text ohne Artikel verwendet.

2 Zusammenfassung der Stellungnahmen

2.1 Auswahl der Themen

Die Akteure der Berufsbildung schätzen den Grundlagenbericht grundsätzlich positiv ein. Die grosse Mehrheit (87%) antwortet auf die Frage: Sind im Grundlagenbericht die richtigen Themen angesprochen? mit ja (38%) bzw. eher ja (49%). Ein Akteur beantwortet die Frage mit nein. Die Rückmeldungen bezüglich fehlender Themen sind divers. Ein Trend lässt sich nicht erkennen. Mehr als einmal genannt werden Themen rund um die Reputation der Berufsbildung, die Digitalisierung, die Governance und die Verbundpartnerschaft.

Abbildung: Antworten auf die Frage: Sind im Grundlagenbericht die richtigen Themen angesprochen?



2.1.1 Bund

5 Stellungnahmen

Die Bundesstellen schätzen den Grundlagenbericht grundsätzlich positiv ein. Sie beantworten die Frage, ob im Grundlagenbericht die richtigen Themen aufgegriffen sind, mit ja (**BSV, EBGB, SECO**) oder eher ja (**BAFU, SEM**). **BAFU** ist der Ansicht, dass das Thema nachhaltige Entwicklung zu wenig berücksichtigt ist. **SEM** vermisst Punkte zu aus dem Ausland zugewanderten Personen. Zudem fehlt aus Sicht des **SEM** der Megatrend Migration und demografischer Wandel.

2.1.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (3 Stellungnahmen) und Ämter (24 Stellungnahmen)

Die drei Konferenzen der EDK beantworten die Frage, ob das Dokument die richtigen Themen anspricht, mit ja (**ZBK**) und eher ja (**CLPO, SVAK**). **SVAK** weist darauf hin, dass Jugendliche, die aus der integrativen Schule kommen, vermehrt Schwierigkeiten haben, in einer Berufswelt ohne integrative Lösungen eine Anschlusslösung zu finden.

Die kantonalen Berufsbildungsämter beurteilen den Grundlagenbericht grundsätzlich positiv und sind weitgehend der Ansicht, dass die richtigen Themen aufgegriffen wurden (*ja*: **BB VS, BB BL, BB SG, BB VD, BB GL, BB SO, BB UR, BB GE, BB BS, BB AG**; *eher ja*: **BB SH, BB BE, BB TI, BB GR, BB**

ZH). Die als fehlend genannten Themen sind divers. Aufgeführt werden u.a. Perspektiven von Jugendlichen und Eltern (**BB SH**), KI (**BB BE**), strategische Kommunikation (**BB TI**), Bekämpfung von Stereotypen (**BB TI**), Folgen des jüngeren Eintrittsalters in die BGB durch Harmos (**BB ZH**) sowie Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf (**BB ZH**). **BB TI** vermisst präzisere Ausführungen zu möglichen Massnahmen und beteiligten Akteuren, eine vertiefte Analyse der Übergänge innerhalb der Sek II-Stufe, eine Präzisierung der Unterscheidung zwischen Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen sowie Hinweise zu den Hebeln zur Steigerung der Attraktivität. **BB GE** weist darauf hin, dass die Bedürfnisse je nach regionalem und kantonalem Kontext unterschiedlich sind. **BB GL** erachtet einheitliche und hochstehende Abschlüsse als wichtig. Flexibilisierung und Anerkennung nicht formaler Bildungsleistungen sieht **BB GL** kritisch. Teilzeitausbildungen oder BM1 ohne Dispensation aus dem BK-Unterricht sind nach Ansicht von **BB GL** hinderlich. **BB GL** ist der Ansicht, dass das Spannungsfeld betreffend üK zwischen OdA und Kantonen aufgelöst werden kann, indem die Betriebe die üK vollständig finanzieren. Handlungskompetenzen sind aus Sicht von **BB GL** auf lebenslanges Lernen auszurichten, der Unterricht muss aber weiterhin in Fächern möglich sein.

Die kantonalen Volksschulämter beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen mit *ja* (**VoS FR**, **VoS LU**) oder *eher ja* (**VoS VD**, **VoS NE**, **VoS SZ**, **VoS SG**). **Bi JU** beantwortet die Frage nach der Richtigkeit der Themen mit *ja*. Einige kantonale Volksschulämter nennen fehlende Themen: Rolle der obligatorischen Schule (**VoS GR**), Digitalisierung und KI (**VoS SZ**), Nachhaltigkeit (**VoS SZ**) sowie innovative und attraktive Berufe (**VoS SZ**). **MiS TG** beantwortet die Frage, ob das Dokument die richtigen Themen aufbringt mit *eher ja* und weist darauf hin, dass die BGB in der Schweiz hervorragend aufgestellt ist. Aus Sicht von **MiS TG** stellt sich die Frage, ob Massnahmen, die zu zusätzlichen Ausgaben führen, legitim sind.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (13 Stellungnahmen)

Ein grosser Teil der Bildungsinstitutionen beantwortet die Frage nach der richtigen Themenauswahl im Grundlagenbericht mit *eher ja* (**gibb**, **BFSU**, **etml**, **CFPA**, **KSR**, **TAS**, **VBV**, **SRK**, **PRE**), ein kleinerer Teil mit *ja* (**BZSoG**, **KBSG**, **log**, **aBi**). Aus Sicht dieser Institutionen fehlen der Fokus auf überfachliche und allgemeinbildende Themen/Durchlässigkeit (**BFSU**), das Rekrutierungsverhalten der Betriebe (**VBV**), das Prestige der Berufsbildung (**VBV**), Talentförderung (**VBV**), die Grenzen der Verbundpartnerschaft (**VBV**), Bürokratieabbau (**PRE**) und die aus Sicht von **PRE** zu geringe Selbständigkeit und fehlenden reflexiven Fähigkeiten der Lernenden.

Tertiärer Bildungsbereich (4 Stellungnahmen)

Die Akteure aus dem tertiären Bildungsbereich beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen im Grundlagenbericht mit *ja* (**AMS**), *eher ja* (**ZbW**, **K-HF**) und *eher nein* (**ds**). Als fehlende Themen nennt **ds**: Nationale Förderprogramme (Digitalisierung, Modularisierung), Monitoring und Wirkungsanalysen, Integration nicht-formaler Qualifikationen, Microcredentials, Aufwertung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner (strukturell/finanziell) sowie systemische Perspektive und Governance. **ZbW** wünscht sich ein Betrachtungsfeld *Gleichwertigkeit der Bildungswege* sowie eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Rolle der HBB im Zusammenspiel mit allgemeinbildenden und hochschulischen Bildungswegen. Weiter fehlen aus Sicht von **ZbW** folgende Themen: Positionierung der HBB, Ungleichgewichte zwischen privaten und staatlichen Anbietern und Gleichwertigkeit im Vergleich zu akademischen Bildungswegen. Aus Sicht **K-HF** fehlen die Themen Wirkung von Anreizsystemen auf Angebots- und Nachfragerseite, Kosten-Nutzen-Überlegungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene sowie eine stärkere Gewichtung des Ansehens von Allgemein- und Berufsbildung.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

BSLB VS, **BSLB ZH** und **LS** beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen im Grundlagenbericht mit *ja*, **PS** mit *eher nein*. **LS** ist der Ansicht, dass die nationale Ausgestaltung von BSLB für bildungsferne Zielgruppen fehlt. Aus Sicht von **PS** fehlt ein Betrachtungsfeld *Information und Beratung über die gesamte Bildungs- und Arbeitslaufbahn*. **PS** macht Vorschläge zur Stärkung der BSLB.

2.1.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (10 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Die meisten Arbeitgeberverbände und **OSB** beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen im Grundlagenbericht mit **eher ja** (**SAV, sgv, BioS, OdA BUG, H+, scind, VSBS**), **SDV** mit **ja**. Verschiedene Arbeitgeber weisen darauf hin, dass im Grundlagenbericht eine kontextuelle Einbettung fehlt und dass die Ergebnisse der Verbundpartnertagung nicht ohne Gewichtung wiedergeben werden sollen (**SAV, sgv, OdA BUG, H+, scind, stec**). Aus ihrer Sicht besteht die Gefahr von politischen Forderungen und branchenübergreifenden Regulierungen (**SAV, sgv, OdA BUG, scind, stec**). Zudem ist aus ihrer Sicht das Antwortformular zu starr (**SAV, SGV, scind, stec, OdA BUG**). Verschiedene Teilnehmende sind der Ansicht, dass die Frist zu kurz und der Grundlagenbericht für einige überfordernd war (**SAV, sgv, H+, scind, stec, VSBS**). **SWI** wünscht sich mehr Blick in die Zukunft. Aus Sicht **SAV, sgv, OdA BUG, scind, stec** fehlen folgende Themen in den Unterlagen: branchenspezifische Massnahmen und Instrumente, verschiedene Handlungsebenen/Regulierungen vs. branchenspezifische Massnahmen, Entwicklung und Umgang mit Nachteilsausgleichen. **SWI** erwähnt zudem folgende Themen: Sensibilisierung und Imagepflege, Einbezug der Eltern, internationale Anerkennung, Grenzen der Berufsbildung (Spezialisierung), Schwierigkeiten in einzelnen *neuen* Berufen, Umgang mit steigenden Anforderungen und naturwissenschaftlicher Fokus auf Sek I-Stufe. **BioS** weist auf das Fehlen einer Schlichtungsstelle hin für Konflikte innerhalb einer OdA oder zwischen den Verbundpartnern. Die Betriebe beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen mit **ja** (**BLS**) oder **eher ja** (**BU, KvR**). **KvR** verweist auf die Stellungnahme der Dachverbände der Arbeitgeber.

Arbeitnehmerverbände (5 Stellungnahmen)

Die Arbeitnehmerverbände beantworten die Frage nach der Relevanz der aufgebrachten Themen mit **ja** (**TS, BCH**), **eher ja** (**traf**), **eher nein** (**KFMV**) und **nein** (**SGB**). **SGB** ist der Ansicht, dass zahlreiche Themen fehlen oder nicht ausführlich genug behandelt werden, darunter insbesondere der Jugendarbeitsschutz, gesundheitliche Probleme der Lernenden, das Mitspracherecht der Lernenden, der Einbezug von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern, Quereinstieg, Berufsabschluss für Erwachsene, Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen sowie Löhne und Arbeitsbedingungen. Aus Sicht **KFMV** fehlen folgende Themen: Nationale Förderprogramme (Digitalisierung, Modularisierung), Monitoring und Wirkungsanalysen, Integration nicht-formaler Qualifikationen, Microcredentials, Aufwertung Berufsbildnerinnen und Berufsbildner (strukturell/finanziell) sowie die systemische Perspektive und Governance. **BCH** ist der Ansicht, dass verschiedene Erfordernisse zu beachten sind: ein effizienter Selektionsprozess, der Ausbau des Berufswahlprozesses, die Erweiterung der Verbundpartnerschaft durch Bildungsinstitutionen und Lehrpersonenverbände sowie flexiblere Bildungsangebote in der BGB (nicht in der BM). **traf** beurteilt die aktuellen Rahmenbedingungen und insbesondere die neue Governance-Struktur positiv. Gleichzeitig zeigt sich **traf** besorgt über die abnehmende Zahl der Lehrbetriebe. **TS** und **traf** fordern zudem ein starkes Engagement der öffentlichen Hand, der Arbeitgeber und der Sozialpartner.

2.1.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (7 Stellungnahmen)

Die Vertretungen der Forschung und weiterer Organisationen beantworten die Frage nach der Relevanz der Themen mit **ja** (**PrJu, SSK**) oder **eher ja** (**ZHAW, EHB, SAJV, EICH**). Aus Sicht der Organisationen fehlen folgende Themen: Perspektiven der Jugendpolitik wie Mitspracherechte, Chancengerechtigkeit und psychosoziale Belastungen (**SAJV**), soziale, sozioökonomische und familiäre Einflussfaktoren auf Bildungsentscheidungen und Zugang (**EICH**), Rolle der Eltern im Berufswahlprozess (**EICH**) und die Anerkennung von nicht-formal erworbenen Kompetenzen (**EICH**). **CYC** warnt vor zu viel Innovation. Vorhandene Strukturen sollen gestärkt werden. Die Berufsbildung braucht nach Ansicht von **CYC** Kontinuität und nicht nur neue Ideen. Aus Sicht **EHB** sollen zusätzlich Genderaspekte und Zielkonflikte zwischen den Betrachtungsfeldern berücksichtigt werden.

2.2 Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen

Die Bedeutung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen ist für alle Akteure unumstritten. Die Ausbildungsbereitschaft wird als hoch beurteilt, mit regionalen und branchenspezifischen Unterschieden. Wo die Ausbildungsbereitschaft tiefer ist, hemmt dies die Entwicklung der dualen beruflichen Grundbildung.

2.2.1 Bund

2 Stellungnahmen

Gemäss **SEM** soll der Ausbildungsbereitschaft von internationalen Unternehmen in der Schweiz Beachtung geschenkt werden. **EBGB** weist auf die Wichtigkeit von inklusiven Rahmenbedingungen in der Berufsbildung hin.

2.2.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (3 Stellungnahmen) und Ämter (23 Stellungnahmen)

ZBK, CLPO und **BB NE** schätzen die Ausbildungsbereitschaft grundsätzlich als genügend ein, es gibt jedoch regionale Unterschiede (**BB GE, BB VS**) sowie Unterschiede zwischen Branchen. Die Ausbildung wird komplexer durch zunehmende Internationalisierung, Bürokratisierung, Spezialisierung und Ressourcendruck in den Betrieben (**ZBK, CLPO**). Ein weiterer Faktor mit negativem Einfluss auf die Ausbildungsbereitschaft sind die schnelllebigen Bildungsinhalte, welche zu einer hohen Belastung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner führen (**BB SH, BB BE, BB SO**). **SVAK** betont zudem, dass von Seiten der Betriebe eine höhere Bereitschaft notwendig ist, integrativ beschulte Jugendliche auszubilden. Dies kann gemäss **SVAK** über die Berufsverbände thematisiert werden.

Zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft werden zahlreiche Ideen mehrfach genannt. Ein zentrales Anliegen ist der Abbau von Bürokratie, insbesondere durch die Vereinfachung der Bildungsgrundlagen wie die Bildungsverordnungen, Bildungspläne und digitalen Lernplattformen. Diese Massnahme wird von vielen kantonalen Akteuren (**CLPO, BB SH, BB BL, BB VD, BB BE, BB SO, BB UR, BB GE, BB AG**) als entscheidend angesehen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die gezielte Unterstützung von Lehrbetrieben, insbesondere von kleinen Unternehmen, die oft mit begrenzten Ressourcen arbeiten (**BB SH, BB SO, BB BS**). Ergänzend dazu wird die Begleitung und das Coaching von Lehrbetrieben genannt (**BB BL, BB GE**). Auch die Wertschätzung für die Arbeit der Berufsbildenden spielt eine grosse Rolle. **BB GL, BB GE, BB ZH, VoS LU** fordern, diese unter anderem durch zusätzliche Ressourcen, insbesondere in Form von Zeit, zum Ausdruck zu bringen. Einige Berufsbildungsämter betonen, wie wichtig es ist, Unternehmen für die Berufsbildung zu sensibilisieren und dabei das positive Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Ausbildung hervorzuheben (**BB BL, BB BE, BB GL, BB BS, BB BL**). Weiter machen verschiedene Ämter auf die Wichtigkeit einer verstärkten Kommunikation über die Bedeutung der Berufsbildung aufmerksam, auch mit branchenspezifischem Fokus (**BB SG, BB VD, BB BL, BB BE, BB TI, BB GR, BB AG**). Schliesslich werden flexible Ausbildungsformen (**ZBK, BB BS, BB GE**) wie etwa Lehrbetriebsverbünde (**BB BL, VoS SZ, VoS NE**) sowie eine stärkere regionale Zusammenarbeit als vielversprechende Ansätze gesehen, um die Ausbildungsbereitschaft nachhaltig zu fördern (**BB VD, BB ZH**). **CLPO** schlägt zusätzlich eine stärkere Berücksichtigung von Unternehmen vor, die nach dem 4-Tage-Modell arbeiten. **VoS VD** findet, dass Lehrbetriebe ihre Anforderungen in Bezug auf die Jugendlichen anpassen sollen. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen obligatorischer Schule und Wirtschaft wird von **VoS GR** (Projekt SINA) und **VoS SG** (Partnerschaften) vorgeschlagen. **Bi JU** schlägt vor, die Bedürfnisse der Lehrbetriebe stärker zu berücksichtigen.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (11 Stellungnahmen)

log ist der Meinung, dass die Ausbildungsbereitschaft grundsätzlich vorhanden ist und die Berufsbildenden dabei Erfolgsfaktoren sind. **gibb** sieht in Bezug auf die Ausbildungsbereitschaft einen grossen Handlungsbedarf. Zwei Berufsfachschulen (**BZSoG, KBSG**) und **KSR** stellen fest, dass Berufsreformen und Revisionen die Ausbildungsbereitschaft unter Druck setzen, weil sie mit zusätzlichem Aufwand für die Lehrbetriebe einhergehen. **KSR, PRE** und **log** erachten den administrativen Aufwand grundsätzlich als Hindernis für die Ausbildungsbereitschaft. **PRE** nennt insbesondere die fehlerhaften digitalen Schnittstellen. Gemäss **CFPA** bremst im Kanton Genf die tiefe Ausbildungsbereitschaft die Entwicklung der dualen BGB. Die Berufsfachschulen schlagen als Massnahmen vor: Unterstützung der Lehrbetriebe

mit Bezug auf das didaktische Vorgehen (**BFSU**) und Coaching (**CFPA**). Zwei private Bildungsanbieter empfehlen die Sensibilisierung von Unternehmen (**TAS**), insbesondere für den Kosten-Nutzen-Aspekt (**aBi**). **VBV** erwähnt, dass individuelle Entscheidungen für die besten Resultate sorgen.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

AMS und **ZbW** betonen die Wichtigkeit der Ausbildungsbereitschaft für die Berufsbildung als Ganzes. **ZbW** plädiert für eine administrative Entlastung der Lehrbetriebe, eine bessere Begleitung von KMU und eine breitere Bekanntmachung des Nettonutzens für die Lehrbetriebe. Nach Ansicht von **K-HF** ist es wichtig, dass das Gewicht der BGB nicht weiter zugunsten allgemeinbildender Ausbildungen abnimmt, weil das zu einer Abnahme der Ausbildungsbereitschaft führt.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die Akteure im BSLB-Bereich erachten die Ausbildungsbereitschaft als wichtig. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Schnupperlehren anzubieten (**BSLB VS, PS**). Ideen, um die Ausbildungsbereitschaft zu fördern bzw. Lehrbetriebe zu entlasten, sind administrative Entlastungen (**BSLB VS**), (finanzielle) Anreize für Lehrbetriebe (**BSLB VS, BSLB ZH, LS**), verstärkte Zusammenarbeit der BSLB mit kantonalen OdA, um die Berufswahl zu optimieren, sowie die Stärkung von Kommunikationsmassnahmen (**PS**).

2.2.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (9 + 1) und Betriebe (3)

Alle Arbeitgeberverbände und **OSB** betonen, dass die Ausbildungsbereitschaft ein wichtiger Pfeiler der Berufsbildung ist. **H+** stellt fest, dass der Fachkräftemangel die Aufgabe der Lehrbetriebe erschwert. Ebenso stellen zu wenig (geeignete) Lernende (**SAV, sgv**) sowie fehlende Wertschätzung und Ressourcen für die Bildungsaufgabe (**H+**) eine Herausforderung dar. **VSBS** hebt hervor, dass Revisionen von BGB zur Senkung der Ausbildungsbereitschaft führen können, z.B. wenn dadurch die Kosten für die Lehrbetriebe zunehmen. Die Attraktivität der Berufsbildung ist für aktive Lehrbetriebe zu steigern (**SAV, sgv**). Es sind neue Lehrstellen bei noch nicht in der Ausbildung aktiven Betrieben zu schaffen (**SAV, sgv, SWI**). Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss stimmen (**OdA BUG, BLS**). Finanzielle Unterstützungen sind dafür aber keine geeigneten Massnahmen (**SAV, sgv**). Dem gegenüber erwähnt **SDV** neben der administrativen auch die finanzielle Entlastung als attraktivitätserhöhende Massnahme. BGB sollen so gestaltet werden, dass ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis und keine hohen administrativen Lasten resultieren (**KvR**). Dies bedingt den Einbezug der (insbesondere innovativen) Betriebe in den Berufsentwicklungsprozess (**OdA BUG**). **SWI** schlägt vor, ein Anreiz- oder Bonus/Malus-System zu prüfen. Insbesondere in berufsbildungsschwächeren Kantonen ist gemäss **SWI** eine verstärkte Zusammenarbeit notwendig zwischen den regionalen (und allenfalls nationalen) Trägerschaften und den lokalen Verwaltungen. Mehr Wertschätzung für und Sichtbarkeit von Berufs- und Praxisbildnerinnen und Berufs- und Praxisbildnern sowie Lehrbetrieben kann die Ausbildungsbereitschaft fördern (**OdA BUG, BU**). **Scind** und **OdA BUG** fordern eine freie Berufsfachschulwahl. Zudem ist der administrative Aufwand möglichst tief zu halten und die Kompatibilität von digitalen Systemen zu verbessern. Zwei Arbeitgeberverbände unterstreichen die Wichtigkeit von Sensibilisierungsmassnahmen: Firmeninhaber sind auf die Vorteile des dualen Bildungssystems zu sensibilisieren (**stec**), insbesondere in Regionen mit tiefer Ausbildungsbeteiligung (**SWI**). Die Öffentlichkeit ist auf die Bedeutung der Berufsbildung zu sensibilisieren (**stec**). **H+** schlägt als zusätzliche Massnahme intensivere Ausbildung und Support von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern vor. **BLS** weist darauf hin, dass nur eine gewisse Teilspezialisierung von Berufen zu produktiver Arbeit im Lehrbetrieb führt. Zu generische Ausbildungen haben zu wenig direkte produktive Anschlussmöglichkeiten im Betrieb.

Arbeitnehmerverbände (5)

TS zeigt sich besorgt über die rückläufige Zahl an Lehrbetrieben. **SGB** und **KFMV** schätzen die Situation nicht als besorgniserregend ein, aber **KFMV** unterstreicht, dass die hohe Ausbildungsbereitschaft zu sichern ist. **SGB** und **KFMV** setzen auf Unterstützung von kleineren Unternehmen, z.B. durch die Förderung von Lehrbetriebsverbünden (**SGB**). **SYNA** plädiert für eine stärkere Begleitung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern in den Unternehmen. **KFMV** und **SYNA** schlagen außerdem finanzielle Anreize vor (Subventionen, steuerliche Entlastungen, Förderprogramme). Aus Sicht von **SGB** und **BCH** soll die finanzielle Unterstützung über Berufsbildungsfonds gewährleistet werden. Beide betonen die

Wichtigkeit eines ausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses. **BCH** weist darauf hin, dass die Ausweitung der Personenfreizügigkeit zu einem Rückgang der Ausbildungstätigkeit führt. **BCH** fordert einen Bürokratieabbau, Analysen zu den Gründen für die Abnahme des Anteils an Lehrbetrieben und Information von (internationalen) Unternehmen. **BCH** warnt zudem davor, bei fehlenden qualifizierten Schulabgängerinnen und -abgängern auf Praktikantinnen und Praktikanten aus dem Tertiärbereich zurückzugreifen.

2.2.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen(6 Stellungnahmen)

SAJV ist der Ansicht, dass die BGB wegen schlechten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen nicht attraktiv ist (z.B. zu wenig Ferientage für Lernende). **PrJu** unterstreicht die Wichtigkeit einer vielfältigen Berufsbildung, um attraktiv zu bleiben. **CYC** wünscht sich eine faire Finanzierung der üK, um die Ausbildungsbereitschaft hochzuhalten. **SSK** befürchtet, dass wegen der Demografie in Zukunft nicht genügend Lehrstellen bereitstehen und wünscht mehr flexible und alternative Ausbildungsmodele. **EHB** urteilt eine Abnahme der administrativen Belastung als wirkungsvoll, um die Ausbildungsbereitschaft hochzuhalten. Deswegen sind die Prozesse zwischen Kantonen und OdA einerseits und Lehrbetrieben andererseits laufend auf Einfachheit und Effizienz aus Sicht der Betriebe zu prüfen. Weiter müssen OdA und Kantone aus Sicht **EHB** mit Lehrstellenwerbung und -marketing zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft beitragen. **ZHAW** ist der Meinung, dass bei der Analyse und Förderung der Ausbildungsbereitschaft auf ausländische Unternehmen und Unternehmen im Dienstleistungssektor zu fokussieren ist.

2.3 Qualität der Bildung

Die Qualität der Berufsbildung wird von den Akteuren als zentral eingeschätzt. Gleichzeitig betonen sie die Komplexität der Qualitätssicherung und die diesbezügliche Verantwortung der Kantone. Ein gemeinsames Verständnis sowie einheitliche Standards für Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und überbetriebliche Kurse gelten als grundlegend. Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und deren Qualifikation und Ressourcen spielen eine Schlüsselrolle. Die Abstimmung zwischen den Lernorten wird breit unterstützt.

2.3.1 Bund

3 Stellungnahmen

EBGB betont die Bedeutung der Digitalisierung als Inklusionsfaktor. **BAFU** weist darauf hin, dass neben wirtschaftlichen und sozialen Zielen auch ökologische Aspekte wesentlich zur Qualität der Bildung beitragen. **SEM** spricht sich dafür aus, die fachkundige individuelle Begleitung (fiB) weiter auszubauen und zu entwickeln. **SEM** verweist auf die Wichtigkeit der Sensibilisierung von Migrantinnen und Migranten und schlägt die Entwicklung von Sensibilisierungsinstrumenten für Coaches, Berufsbildnerinnen und - bildner sowie Lehrpersonen vor.

2.3.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (3 Stellungnahmen) und Ämter (21 Stellungnahmen)

Die kantonalen Konferenzen und Ämter betonen, dass die Qualität in der Berufsbildung ein zentrales, jedoch komplexes Thema ist (**CLPO, ZBK**). **BB BL** macht darauf aufmerksam, dass ein gemeinsames Verständnis von Qualität nötig ist. Für **SVAK** ist eine gute Begleitung und eine transparente Vermittlung der Lerninhalte wichtig. Die Lehraufsicht gewinnt zunehmend an Bedeutung (**ZBK, BB UR**) und sollte gestärkt werden (**VoS NE, VoS LU**). Es braucht einheitlichere Qualitätsstandards für Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und üK, die regelmäßig überprüft werden (**BB BL**). Die Qualität variiert derzeit je nach Umsetzung der Lehraufsicht. Regionale und kantonale Besonderheiten, insbesondere bei Statistiken zu Lehrvertragsauflösungen und Wiedereinstiegsquoten, sollten besser berücksichtigt werden (**CLPO, BB NE**), um gezieltere Massnahmen entwickeln zu können. Lehrvertragsauflösungen sollten differenziert analysiert werden (**BB BL, BB UR**). **BB TI** gibt zu bedenken, dass der Zusammenhang zwischen Qualität und Vertragsauflösung nicht eindeutig ist. In der Kommunikation soll auch die Wiedereinstiegsquote betont werden, da ein Wechsel des Berufs oder der Branche auch positiv im Sinne einer gelungenen Berufswahl interpretiert werden kann (**BB AG**).

Die zunehmende Spezialisierung in der BGB wird kritisch gesehen. Sie erschwert die Bildungsqualität, erhöht die Anzahl üK-Tage (**CLPO, BB NE**) und kann das System überlasten (**BB GR**). Der Versuch, durch zusätzliche Kompetenzen in der BGB höhere Qualität zu erreichen, wird als kontraproduktiv bewertet. Vieles kann auch später in Weiterbildungen oder der HBB vermittelt werden (**BB GR, BB SH, BB VS**). BGB sollen inhaltlich breit angelegt sein, während Spezialisierungen der HBB vorbehalten bleiben sollten. Berufsfachschulen dürfen auch Grundlagen vermitteln, die nicht unmittelbar im Lehrbetrieb anwendbar sind, aber für das lebenslange Lernen wichtig sind (**BB GL**). Die Rolle der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner ist für die Qualität der Ausbildung und das Wohlergehen der Lernenden zentral (**BB TI, BB GR, VoS NE**). Ihre Aus- und Weiterbildung soll gefördert werden (**BB BS, BB GE, BB SG, BB SO, BB UR, BB VD, VoS SZ**), wobei darauf zu achten ist, dass dies nicht zu einer sinkenden Ausbildungsbereitschaft führt (**BB GL**). **ZBK** und **BB UR** schlagen vor, eine Vorgabe zu erarbeiten, wie viele Ressourcen den Berufsbildenden für die Ausbildung der Lernenden zur Verfügung stehen sollen. Gemäss **BB BL** und **BB VD** hängt die Ausbildungsqualität stark vom Engagement und der Kompetenz der Berufsbildenden ab. Sie benötigen mehr Zeit für Ausbildungsaufgaben und weitere Anreize für ihre Rolle. Lehrpersonen an Berufsfachschulen, insbesondere im ABU und in der BK, verfügen teilweise nicht über ausreichende Kenntnisse der Ausbildung im Lehrbetrieb. Es braucht gezielte Massnahmen, um ihr Verständnis für die Berufsbildung zu stärken, auch auf der Sek II-Stufe und im Gymnasium (**BB BE, VoS LU**). Die Rolle der Berufsfachschulen sollte insgesamt gestärkt werden, da sie in nationalen Gremien oft unterrepräsentiert sind (**BB SO**). Die Ausbildungsinhalte müssen kontinuierlich an technologische und wirtschaftliche Entwicklungen angepasst werden (**BB GR**). Die Abstimmung der Inhalte an den Lernorten, insbesondere zwischen Lehrbetrieb, Berufsfachschule und üK, ist teilweise herausfordernd (**BB AG**). **BB SO, BB AG, VoS NE** fordern eine stärkere Zusammenarbeit der Lernorte und **BB SG** eine Optimierung der üK (Inhalte sollten aufbauend zwischen Theorie und Praxis vermittelt werden).

Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen ist hoch und wird als zentral betrachtet, wobei deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden sollten (**BI JU**). **BB AG** erachtet ein systematisches Monitoring der Bildungsqualität als wünschenswert. Gemäss **BB GL** gefährden betriebsspezifische praktische Abschlussprüfungen sowie die Abschaffung schriftlicher Prüfungen die Einheitlichkeit der Abschlüsse. Die Qualitätsentwicklung im Lehrbetrieb ist ein kontinuierlicher Prozess (**BB AG**). Gemäss **VoS SG** helfen individualisierte Förderprogramme wie Stützunterricht, Lehrvertragsabbrüche zu minimieren.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (11 Stellungnahmen)

Trotz hoher Ausbildungsqualität gibt es gemäss **gibb** Handlungsbedarf. Die Lehraufsicht soll verbessert werden (**CFPA**). Die Berufsfachschulen spielen eine zentrale Rolle für die Arbeitsmarktfähigkeit der Lernenden (**BFSU**). Berufsentwicklungsprozesse wie die KV-Reform werden teilweise kritisch gesehen (**BZSoG, KSR**). Die Zahl der Umteilungen von EFZ zu EBA steigt und soll berücksichtigt werden (**KBSG**). **TAS** und **log** erachten die Lernortkooperation als zentral für die Ausbildungsqualität. Um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, soll die BGB gemäss **log** strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere hin zu mehr Flexibilität und Modularisierung. **log** fordert eine enge Zusammenarbeit der Lernorte und der Kantone. Um Lehrabbrüche zu vermeiden, sieht **TAS** einen Fokus auf der Verbesserung des Berufswahlprozesses. Die Qualität der Ausbildung ist gemäss **VBV** vielschichtig und hängt stark von den Lernenden wie auch den Ausbildenden ab. Letztere benötigen gemäss **aBi** nicht nur fachliche, sondern auch didaktische Weiterbildung. **PRE** merkt zudem an, dass zu viele Regelausnahmen die Bedeutung des Gesamtsystems untergraben.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

AMS betont, dass die Qualitätssicherung auch die Anschlussfähigkeit von Lernenden ans lebenslange Lernen sicherstellen soll. Um die Qualität zu gewährleisten, muss gemäss **ZbW** die Rolle und Anerkennung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner gestärkt werden. Ebenso soll der Berufswahlprozess mehr begleitet werden. Ein praxisnaher und flexibler Umgang mit Qualitätskontrollen und Ausbildungsbewilligungen ist entscheidend (**ZbW**). Qualitätssicherung darf aber nicht zu Bürokratie führen. **K-HF** fordert mehr Agilität im Berufsentwicklungsprozess. Die BGB soll immer mehr als Zwischenschritt zur Tertiärbildung verstanden werden. Die Spezialisierung soll auf Niveau HBB geschehen und nicht bereits in der BGB (**K-HF**).

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die Qualität der BGB wird von verschiedenen Akteuren als zentral für die Attraktivität der Berufsbildung eingeschätzt. **BLSB VS** betont die exzellente Qualität der BGB, während **PS** hervorhebt, dass eine hochwertige betriebliche Ausbildung entscheidend für die Attraktivität ist. Um Berufswechsel zu erleichtern, schlägt **BLSB VS** vor, BGB mit gemeinsamen Berufsfeldern und Elementen zusammenzulegen. **PS** plädiert für mehr Flexibilität und individuelle Unterstützung, etwa durch Teilzeitausbildungen, degressive Ferienregelungen oder ein Basisjahr. Die Ausbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner soll laut **BLSB ZH** und **PS** verbessert werden. Zudem fordern **LS** und **PS** mehr Zeit, Ressourcen und standardisierte oder nationale Weiterbildungen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Eine Idee von **PS** ist, BLSB-Beratende als Dozierende in diesen Weiterbildungen einzusetzen, um den Berufswahlprozess und die Lehrstellenbesetzung zu unterstützen.

Zur Reduktion von Lehrvertragsauflösungen (LVA) schlagen **LS** und **PS** begleitende Unterstützungsangebote während der BGB vor. **PS** betont, dass die BSLB Jugendliche auch nach Vertragsauflösungen bis zur Anschlusslösung begleiten soll. **PS** fordert ebenfalls ein systematisches Monitoring von LVA und Lehrstellenqualität. **LS** fordert eine bessere Abstimmung und Transparenz in der Qualitätssicherung. Um kleinere KMU zu stärken, empfiehlt **PS** die Förderung von Lehrbetriebsverbünden. Schliesslich spricht sich **BLSB ZH** für einen Ausbau des ABU in den Berufsfachschulen aus.

2.3.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (9 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Den Arbeitgebern ist wichtig, dass trotz der fortschreitenden Flexibilisierung und Digitalisierung in der Berufsbildung die Sicherung der Qualität weiterhin oberste Priorität hat (**SDV**). Dabei betonen sie, dass der Begriff *Qualität* sehr unterschiedlich interpretiert werden kann und je nach Branche eine unterschiedliche Bedeutung hat (**SAV, sgv, scind, OdA BUG**). Besonders wichtig erscheint eine gute inhaltliche

Abstimmung zwischen den verschiedenen Lernorten, um eine kohärente Ausbildung zu gewährleisten (**SAV, OdA BUG**). Bei einigen Branchen muss die betriebliche Bildung deutlich verbessert werden (**OSB**). Die Kantone werden in der Verantwortung gesehen, eine gleichbleibende Qualität in der Berufsbildung sicherzustellen (**SAV, sgv, scind**). Ein weiterer Punkt betrifft die Weiterbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, die branchenspezifisch ausgerichtet sein soll, um den unterschiedlichen Anforderungen besser gerecht zu werden (**OdA BUG**). Lehrvertragsauflösungen sind nicht pauschal negativ zu bewerten, sondern sollen differenziert und unter Berücksichtigung branchenspezifischer Gegebenheiten betrachtet werden (**SAV, sgv, scind, OdA BUG, KvR**). Bei auftretenden Problemen in der Ausbildung soll die Lehraufsicht möglichst frühzeitig einbezogen werden (**H+**).

Hinsichtlich der psychischen Gesundheit von Lernenden gibt es keine Hinweise darauf, dass eine BGB eine Verschlechterung bewirkt (**SAV, sgv, scind, OdA BUG, KvR**). Vielmehr sollen präventive Massnahmen bereits in der Volksschule einsetzen und bei Bedarf in die BGB übergehen. Auch eine Sensibilisierung der Betriebe sowie eine enge Zusammenarbeit mit den IV-Stellen wird als notwendig erachtet (**SAV, sgv, scind, KvR**). Für **SAV, sgv** und **scind** ist die Förderung der Sprachkompetenz vor und während der Volksschule entscheidend, wobei sie betonen, dass die Berufsbildung nicht zu schulisch ausgerichtet sein soll. Bezuglich der Integration von Migrantinnen und Migranten weisen **SAV, sgv** und **scind** auf bestehende Herausforderungen in bestimmten Berufen hin, jedoch auch auf den grossen, oftmals wenig beachteten Beitrag, den diese Gruppen leisten. Kritisch sehen diese Arbeitgeber übergreifende, verpflichtende Regulierungen, da sie das Berufsbildungssystem unnötig verteuern können, ohne einen klaren Nutzen zu bringen. Zudem äussern sie den Wunsch nach weniger Bürokratie und einer besseren Koordination mit den Behörden.

Arbeitnehmerverbände (6 Stellungnahmen)

BCH bemerkt, dass es gemäss Bildungsbericht 2023 an einer soliden Datenbasis fehlt, um die Effizienz des Systems fundiert bewerten zu können. **SGB** unterstreicht, dass, es zu viele kritische Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Berufsbildung gibt (z.B. im Bereich Arbeitszeit oder Ferien) und dass kantonal und national Zahlen fehlen. **TS, SGB, traf** erachten ein systematisches Monitoring (z.B. der Lehrvertragsauflösungen sowie der Qualität der Lehrstellen) als notwendig, ebenso die Förderung von Lehrbetriebsverbünden, um kleinere Betriebe stärker zu integrieren. Gemäss **SGB** braucht es nationale Standards und definierte Zielwerte sowie eine Bevorzugung von Lehrbetrieben bei öffentlichen Beschaffungs- und Vergabeprozessen.

Die betriebliche Ausbildung und mit ihr die Berufs- und Praxisbildnerinnen sowie die Berufs- und Praxisbildner spielen aus Sicht der Arbeitnehmenden eine zentrale Rolle für die Attraktivität des dualen Bildungssystems. **TS, SGB, BCH, KFMV, traf** erachten eine fundierte Ausbildung und gezielte Weiterbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner als zentralen Ansatzpunkt zur Qualitätssteigerung. Diese soll branchenübergreifend erfolgen und pädagogische, methodische sowie kommunikative Fähigkeiten fördern. Hierfür ist gemäss **SGB** eine Schärfung der Qualifikationsprofile der Berufsbildungsverantwortlichen notwendig. **BCH, KFMV, traf, SYNA** unterstreichen zudem die Wichtigkeit der Aufwertung der Rolle der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner durch Massnahmen wie mehr Zeit für die Betreuung der Lernenden, Anerkennung ihrer Leistung und Unterstützung bei administrativen Aufgaben. Zudem ist eine stärkere Sensibilisierung für die psychische Gesundheit der Lernenden notwendig (**SGB, traf**) sowie eine Stärkung der Lehraufsicht zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Lernenden (**SGB**). Auch fehlt es gemäss **SGB** an Unterstützungsstrukturen für Lernende. Individuelle Unterstützungsangebote, mehr Flexibilität, beispielsweise durch Teilzeitlehren, degressive Ferienregelungen oder ein Basisjahr, könnten die Berufsbildung insgesamt attraktiver machen (**TS, traf**). Auch sollen Soft Skills, Sprachkompetenzen und ABU gezielt gestärkt werden (**TS, SGB**). **TS, BCH** kritisieren die frühe Spezialisierung in der Berufsbildung. Sie soll erst im Rahmen der HBB erfolgen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen den Lernorten wird ebenfalls als förderlich erachtet (**BCH, KFMV**). **TS** fordert zudem eine Lohnanpassung basierend auf Gesamtarbeitsverträgen. Auch der Zugang zur Mobilität im Rahmen der Berufsbildung soll verbessert werden (**TS**). Ein weiteres Anliegen ist die Bekämpfung von Geschlechterstereotypen bei der Berufswahl (**TS**). Im digitalen Bereich wird die Vielzahl an Lernplattformen und Tools als Überforderung empfunden, sowohl für Lernende als auch für Berufsbildende. Hier besteht ein Bedarf an nationaler Koordination, jedoch unter Beibehaltung der Autonomie der Schulen und OdA. Gleichzeitig regt **BCH** eine Ausbildungsoffensive zur Förderung digitaler Kompetenzen an.

Im Berufsentwicklungsprozess soll der Einbezug von Berufsfachschulen und deren Lehrpersonen intensiviert werden (**BCH**). Zudem warnt **BCH** vor der zunehmenden Zahl Lernender in kostenpflichtigen berufsbildenden Privatschulen, da dies soziale Ungleichheiten verstärken kann.

2.3.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (6 Stellungnahmen)

Gemäss **SAJV** dient die Ausbildung von Lernenden nicht nur der Deckung des Fachkräftebedarfs, sondern soll auch als ein Recht der Jugendlichen auf Bildung und persönliche Entwicklung verstanden werden. Um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, benötigen Lernende eine feste Ansprechperson, die sie während ihrer Lehrzeit begleitet und unterstützt (**SAJV, PrJu**). Die Unterstützung der Lernenden ist auch für **EHB** wichtig, insbesondere nach einer Lehrvertragsauflösung. **EHB** schlägt eine Kombination aus Unterstützungs- und Präventionsmaßnahmen vor, um Lehrvertragsauflösungen und insbesondere Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Jugendliche mit hohem Abbruchrisiko sollen aktiv identifiziert und begleitet werden (Case Management). **PrJu** fordert ein systematisches Monitoring der Lehrvertragsauflösungen und der Qualität der Lehrstellen. Lehrvertragsauflösungen sollen nicht pauschal als Hinweis auf mangelnde Qualität interpretiert werden, vielmehr muss der Berufswahlprozess verbessert und zielgerichtet gestaltet werden (**EHB, SSK**). **EICH** betont, dass Elternbildung ein integraler Bestandteil der Qualitätsentwicklung in der Berufsbildung sein soll, da Eltern eine wichtige Rolle im Berufswahlprozess spielen.

Auch die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner spielen eine entscheidende Rolle: eine standardisierte und übergreifende Weiterbildung ist essenziell, ebenso die gesellschaftliche und berufliche Anerkennung ihrer Funktion (**PrJu, SSK**). Der Unterricht an Berufsfachschulen muss qualitativ hochwertig sein, was jedoch durch das geplante Entlastungspaket 2027 des Bundes erschwert werden kann (**SAJV**). **CYC** fordert, dass die fortschreitende Digitalisierung als integraler Bestandteil in alle Berufsprofile verankert wird. **PrJu, SSK** schlägt die Förderung und den Ausbau von Lehrbetriebsverbünden vor, um die Ausbildungsfähigkeit verschiedener Betriebe zu stärken. Um die Attraktivität der Berufsbildung weiter zu erhöhen, ist zudem gemäss **SSK** eine gezielte Talentförderung notwendig. Darüber hinaus fordert **CYC**, dass Berufsbildungsabschlüsse im europäischen Raum transparenter gemacht und besser anerkannt werden, um die berufliche Mobilität zu stärken.

2.4 Nahtstelle I: Berufsbildung - Allgemeinbildung

Die Nahtstelle I wird von allen Akteursgruppen als besonders wichtig erachtet. Die Gleichwertigkeit von Berufsbildung und allgemeinbildender Ausbildung betont. Eine Konkurrenz zwischen den beiden Wegen gilt es zu vermeiden. Viele Akteure erachten den Berufswahlprozess und eine frühzeitige Sensibilisierung von Jugendlichen und Eltern für das Berufsbildungssystem als zentral. Insbesondere der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sowie den Lehrpersonen auf Sekundarstufe I wird eine wichtige Bedeutung zugeschrieben. Breit gefordert wird eine aktive Imageförderung der Berufsbildung.

2.4.1 Bund

1 Stellungnahme

SEM betont die wichtige Rolle von INVOL an der Nahtstelle I.

2.4.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (3 Stellungnahmen) und Ämter (24 Stellungnahmen)

Gemäss **ZBK** wird die Integration von schulisch schwachen Schülerinnen und Schülern die Berufsbildung künftig mehr beschäftigen. Gleichzeitig sind auch Angebote und Modelle für starke Schülerinnen und Schüler notwendig (**BB UR, BB GE, VoS LU**). **CLPO** fordert, dass das BBG revidiert und z.B. Art. 12 BBG zur Vorbereitung auf die BGB angepasst wird. Denn viele Schülerinnen und Schüler haben am Ende der Volksschule ein Bildungsdefizit. **CLPO** bemängelt die unterschiedlichen Zugangsbestimmungen für duale und schulische BGB. Zudem ist die Rolle der OdA beim Matching zu stärken und die Anfangszeit in der BGB soll besser gestaltet werden. **CLPO** merkt weiter an, dass die Brückenangebote in Betrachtungsfeld *Nahtstelle I* nicht erwähnt werden. [Anmerkung SBFI: Sie werden im Betrachtungsfeld *Zugang zur Berufsbildung ermöglichen* erwähnt]. Zudem ist gemäss **CLPO** das Verhältnis zwischen BGB und Allgemeinbildung unter Berücksichtigung des Alters der Zielgruppe zu betrachten. **ZBK** schlägt einen Berufswahlprozess für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Kanton vor und empfiehlt, dass das Image der Berufsbildung gefördert wird. Auch einige Berufsbildungsämter und Volksschulämter betonen die Wichtigkeit des Berufswahlprozesses, der für viele Jugendliche eher zu früh erfolgt (**BB BS, BB AG**). Es wird eine schweizweite Einführung und Professionalisierung des Berufswahlunterrichts gefordert (**BB BE, BB UR**) und ein stärkerer Einbezug der Wirtschaft in den Berufswahlprozess (**BB AG, VoS LU, VoS SG**). Die Berufswelt ist ab der Primarschule systematisch in den Unterricht miteinzubeziehen (**BB BL, BB GR, BB BS**) und der Erwerb von Laufbahngestaltungskompetenzen zu fördern (**BB AG**). Hierfür müssen die Systemkenntnisse der Lehrpersonen sowie deren Einblick in die Welt der Berufsbildung verbessert werden (**SVAK, BB BE**). Die Jugendlichen sind bei einer geschlechtertypischen Berufswahl zu unterstützen (**BB GE**). **SVAK** unterstreicht, dass ein Kriterium der Jugendlichen bei der Berufswahl auch die Vereinbarkeit mit ihrer Freizeit ist. **SVAK** betont auch die Notwendigkeit einer frühzeitigen Information und Sensibilisierung der Eltern für die Berufsbildung, insbesondere in der lateinischen Schweiz.

Die Ämter betonen die Wichtigkeit der Durchlässigkeit des Bildungssystems für die Attraktivität der Berufsbildung (**BB TI, BB SO, BB ZH, VoS GR**). Die Nahtstelle I muss gepflegt werden (**MiS TG**), eine enge Zusammenarbeit zwischen der Sekundarschule I, Berufsberatung, Lehrbetrieben und Eltern ist wichtig (**BB VS, BB BL, BB AG, VoS GR**). Es braucht politische Abstützung (**VoS LU**) und eine Berücksichtigung der demografischen Entwicklungen (**BB GR, VoS SZ**) und der Chancengleichheit (**VoS SZ**). **VoS LU** fordert ein Monitoring der Bewegungen und Verläufe an der Nahtstelle I. Die Gleichwertigkeit des allgemeinbildenden und des berufsbildenden Wegs ist zu unterstreichen (**VoS FR**). Ungleiche Umsetzungen der Anrechnung von Bildungsleistungen und der Abschlussprüfungen schwächen die Einheitlichkeit (**BB GL**). Es gibt eine Diskrepanz zwischen den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schule und den Anforderungen der Berufsbildung (**BB SG**). Für spezifische Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten und schulisch schwächere Schülerinnen und Schüler sind Brückenangebote wichtig (**BB VD, BB NE, VoS SG, Bi JU**). Gleichwohl ist auch ein direkter Übergang von der Sek I- in die Sek II-Stufe anzustreben (**BB GE, BB VD, VoS VD**). Am Ende der obligatorischen Schule braucht es individuelle Förderung in Bezug auf den gewählten Beruf bzw. die Branche (**BB SG**). Weitere Massnahmen sind flexible, branchenspezifische Ausbildungsmodelle, beispielsweise mit vorgezogenem ABU-Abschluss (**BB BS**), alternative Modelle von Berufsmessen (**BB TI**), die Möglichkeit von Schnupperlehrangeboten von Nicht-Lehrbetrieben (**Bi JU**), die Stärkung des

Images der Berufsbildung bei Eltern und Kindern ab der Primarschule (**BB SH**) sowie Imagekampagnen für die BM und Anschlussmöglichkeiten (**BB BL**). **BB BE** fordert zudem eine Vereinfachung des SDBB-Lehrstellenregisters für Lehrbetriebe. **BB ZH** betont, dass sich die duale Berufsbildung bewährt, in Zukunft aber Ausbildungen auf Tertiärstufe immer wichtiger werden.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (8 Stellungnahmen)

Die Bildungsinstitutionen heben die Wichtigkeit der Nahtstelle I für das Bildungssystem hervor. Die Gleichwertigkeit der Berufsbildung und des allgemeinbildenden Wegs ist zu betonen und die Rolle der Kantone in Bezug auf die Attraktivität der Berufsbildung zu stärken (**CFPA**). Gleichzeitig dürfen die Berufsbildung und der allgemeinbildende Weg nicht gegeneinander ausgespielt werden, die BM ist als Verbindung der beiden Wege zu positionieren (**BFSU**). Zudem sind an der Nahtstelle I Begleitangebote und eine bessere Abstimmung erforderlich (**CFPA, aBi**). Der Zugang zur Berufswelt ist mit praxisnahen Formaten zu vermitteln (**TAS**), die betriebliche BGB schweizweit zu fördern und gleich zu handhaben (**log**). **BZSoG** fordert den ABU in allen BGB sowie die Auflösung der Handlungskompetenzbereiche zugunsten von Fächern. **log** beobachtet, dass der Jugendschutz immer anspruchsvoller wird, weil die Schulabgängerinnen und -abgänger sehr jung sind. Eine Gesetzesanpassung ist zu prüfen. Gemäss **VBV** werden Unternehmen künftig vermehrt auf Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zurückgreifen, was zu einem Ausbau der Mittelschulen führt. **PRE** verweist auf die tiefen BGB-Quoten im Kanton Genf und folgert daraus eine Dysfunktionalität der Berufsbildung in diesem Kanton.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

Die Akteure aus dem tertiären Bildungsbereich erachten die Durchlässigkeit (**AMS**) und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung als wichtig (**K-HF**). Die Berufsbildung soll Jugendlichen und Lehrpersonen mit praxisnahen Formaten zugänglich gemacht werden. Eltern, insbesondere akademische und solche mit Migrationshintergrund, sollen gezielt und auf gut verständliche Art über das Berufsbildungssystem informiert werden (**ZbW**). Dabei gilt es insbesondere den Wert der FH und HF aufzuzeigen (**AMS, ZbW**).

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die Akteure der BSLB verweisen auf die Wichtigkeit des Berufswahlprozesses. Er soll mit Informationen über das Berufsbildungssystem bereits auf Primarschulstufe vorbereitet werden (**PS, BSLB ZH**). Die BSLB soll einbezogen werden (**BSLB VS**). Wichtig ist eine Sensibilisierung für die Gleichwertigkeit von BGB und Allgemeinbildung (**LS**) sowie eine Aufwertung bei Jugendlichen und Eltern, beispielsweise über Berufsmessen (**BSLB VS**). **PS** schlägt den Ausbau von Vorlehrern zu Brückenangeboten vor und fordert, dass alle Lehrbetriebe Schnupperlehrten anbieten sollen. Weiter sollen gemäss **PS** gleiche Berufsfelder in den BGB und den Mittelschulen verknüpft werden (z.B. FMS Soziales und EFZ Fachfrau/Fachmann Betreuung). **BSLB VS** fordert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lernende.

2.4.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (9 Stellungnahmen) und Betriebe (2 Stellungnahmen)

Gemäss den Arbeitgeberverbänden und Betrieben stärkt die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit im System die Attraktivität der Berufsbildung (**SAV, sgv, OdA BUG, H+, KvR**). Gemäss **H+** ist die horizontale und vertikale Durchlässigkeit zu verbessern und es sollen Passerellen ausgestaltet werden. **SWI** beobachtet eine Zunahme von Zwischenlösungen an der Nahtstelle I. **SAV und sgv** halten fest, dass die Angebotsgestaltung in der Berufsbildung auf ihren Nutzen für die Wirtschaft zu prüfen ist, insbesondere die vollschulischen Angebote. Laut **stec** ist der Einfluss der OdA in der Verbundpartnerschaft zu stärken und der Praxisbezug zu gewährleisten. Bildungswege über die Berufsbildung sind zu fördern (**OdA BUG, SAV, sgv, KvR**), die Rolle der Volksschule mitzudenken (**SDV**) und die HBB zu stärken (**SAV, sgv, OdA BUG**). Die Allgemeinbildung hat in der Berufsbildung einen wichtigen Stellenwert (**stec**). **VSBS** beobachtet, dass Schulabgängerinnen und -abgänger in den allgemeinbildenden Fächern schwächer geworden sind. Gemäss Einschätzung der Arbeitgeber können jedoch sowohl schulisch schwächere als auch starke Jugendliche in der Berufsbildung integriert werden (**SAV, sgv, KvR**). Der **SAV** hält fest, dass im Grundlagenbericht das Thema Qualität der schulischen Bildung und der ungenügenden Grundkompetenzen fehlt. Eine verstärkte Förderung der Grundkompetenzen und insbeson-

dere der sprachlichen Kompetenzen ist zu prüfen, ebenso die Förderung von MINT-Fächern und unternehmerischer Bildung (**SAV, sgv, KvR**). Das Verhältnis der BGB zur Allgemeinbildung ist auszugleichen (**SWI, KvR**). Bei den reglementierten Berufen dürfen die Anforderungen nicht stetig steigen, z.B. durch Voraussetzung Matura oder Hochschulabschluss (**OdA BUG**).

Die Arbeitgeber messen dem Berufswahlprozess eine zentrale Bedeutung bei. Die Jugendlichen und ihre Eltern sollen während dem Berufswahlprozess für die Berufsbildung sensibilisiert werden (**OdA BUG, SAV, scind, SGV, KvR**). Das Image der Berufsbildung soll gepflegt werden, z.B. durch nationale Kampagnen oder Erklärvideos, auch im internationalen Kontext (**SWI**). Diese sollen deutlich machen, dass die Berufsbildung auch für starke Schülerinnen und Schüler interessant ist und sollen auch die Angebote der Berufsbildung für Erwachsene aufzeigen (**SAV, sgv, KvR**). Die BSLB ist zusammen mit der Wirtschaft weiterzuentwickeln, für die für den Berufswahlprozess zuständigen Lehrpersonen sind Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen (**SAV, sgv, scind**). Schnuppermöglichkeiten sind auch in Berufen mit gefährlichen Arbeiten anzubieten (**SAV, sgv, scind, KvR**). **SAV** und **sgv** fordern, die Anzahl Ferienwochen nicht nur in der Berufsbildung, sondern auch in vollschulischen Angeboten wie der FMS zu hinterfragen. Ergänzende Standardtests für Informationen zur schulischen Leistungsfähigkeit verhindern die Rekrutierung über den Schultyp (**SAV, sgv, KvR**). **H+** erinnert daran, dass im Rahmen der Regulierung der Masterstufe Pflege die Bachelorpasserelle überprüft werden soll und spricht sich kritisch gegen eine höhere Nutzerfinanzierung in FH und Uni aus. Demgegenüber ist der **SAV** für eine Stärkung der Nutzerfinanzierung bei den Hochschulen und bei Erasmus+, nur eine Minderheit der SAV-Mitglieder sieht dies kritisch.

Arbeitnehmerverbände (6 Stellungnahmen)

TS betont die Wichtigkeit von Übergängen in der Berufsbiografie. Die Vorbereitung darauf und die Begleitung sind wichtig. Für **BCH** ist ein gutes Matching wichtig sowie die Berufswahlvorbereitung und Praxiseinblicke ab Primarstufe (**TS**). Gemäss **SGB** sollen Betriebe, die für die ganze Branche Praxis-einblicke anbieten, unterstützt werden. **SGB** betont, dass die Berufswahl nicht zu früh forciert werden darf, da machen Jugendliche nach der Sek I-Stufe noch nicht bereit sind zum Eintritt in die BGB. Sie brauchen mehr Zeit für die Berufswahl, für die Persönlichkeitsentwicklung und den Erwerb von mehr Allgemeinbildung. Eine zu frühe Berufswahl und die falsche Berufswahl kann laut **SGB** zu Lehrvertragsauflösungen führen. Der **SGB** verweist auf die Möglichkeit eines obligatorischen 10. Schuljahrs für Praxis-Schnuppermöglichkeiten, Sprachaufenthalte u.ä. sowie auf das Konzept eines Basislehrjahres. Die Information von Jugendlichen und Eltern zum Berufsbildungssystem ist zentral (**BCH, SGB**), ebenso die Sensibilisierung von Lehrpersonen und die Stärkung von Angeboten am Übergang I (**TS, SGB**). Gemäss **BCH** spielen sozio-ökonomische Faktoren an der Nahtstelle I eine grosse Rolle, und private, kostenpflichtige Grundbildungen stehen der Selektionslogik in der Berufsbildung gegenüber. **SGB** verlangt, die Berufsinformationszentren (BIZ) bekannter zu machen, insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund. **SYNA** unterstreicht, dass sowohl der allgemeinbildende Weg als auch die Berufsbildung dazu da sind, den Jugendlichen die Erreichung ihres Berufsziels zu ermöglichen. Der Durchlässigkeit zwischen beiden Wegen ist Rechnung zu tragen. **KFMV** betont, dass eine starke Allgemeinbildung sowohl die Chancen auf dem Arbeitsmarkt als auch den Zugang zu weiterführenden Bildungswege verbessert. **Traf** ist der Ansicht, dass die berufliche Spezialisierung erst auf Stufe HBB erfolgen soll sowie die Grundkompetenzen und die transversalen Kompetenzen der Schulabgängerinnen und -abgänger zu stärken sind. Weiter erwähnt **traf** die Neuverhandlung der Lehrlingslöhne über den GAV und einen besseren Zugang zu Mobilitätsangeboten.

2.4.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (5 Stellungnahmen)

PrJu betont die Wichtigkeit des Übergangs I. Ein guter Berufsorientierungsprozess sowie individuelle Beratung und Begleitung sind notwendig. Der BSLB (**PrJu**), aber auch den Lehrpersonen (**CYC, SSK**) kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Lehrpersonen sollen gezielt weitergebildet und die Jugendlichen und Eltern über die Chancen der Berufsbildung informiert werden (**SKS**), insbesondere solche mit Migrationshintergrund (**CYC, EICH**). **EHB** betont, dass es für eine koordinierte Steuerung an der Nahtstelle I eine strategische Planung erforderlich ist. Für eine verbesserte Berufswahl ist laut **EHB** vertieftes Wissen der Lehrpersonen über das Berufsbildungssystem notwendig sowie Informationen für Jugendliche, insbesondere solche mit Migrationshintergrund.

2.5 Berufsmaturität

Aus Sicht der Akteure wertet die BM die Berufsbildung auf und fördert ihre Attraktivität, indem sie die Durchlässigkeit verbessert und den Zugang zu den FH ermöglicht. Die rückläufigen Zahlen werden von einem Teil der Akteure als besorgniserregend eingestuft, weshalb eine Stärkung und bessere Bekanntmachung der BM gefordert werden. BM1 und BM2 sollen erhalten bleiben, vor allem in denjenigen Branchen, die nicht über ein ausgebautes HBB-Angebot verfügen. Die Übergangsquote zur FH wird als zu tief wahrgenommen. Zur Attraktivitätssteigerung werden vielfältige Massnahmen vorgeschlagen.

2.5.1 Bund

Die Bundesstellen (**SECO, BSV, SEM, BAFU, EBGB**) haben keine Stellungnahme zum Thema Berufsmaturität abgegeben.

2.5.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (21 Stellungnahmen)

Die Mehrheit der kantonalen Ämter erachtet die BM als wichtig bzw. spricht sich für deren Stärkung aus (**BB VD, BB BE, BB GR, BB GE, VoS FR, Bi JU, ZBK, CLPO, BB VS, BB BL, BB TI, BB GL, BB NE, BB SO, BB UR, BB BS, BB AG, MiS TG, VoS LU, VoS SZ**). Einige beurteilen die rückläufigen BM-Zahlen als besorgniserregend (**BB BL, BB BE, BB SO**). **BB ZH** bestätigt die im Grundlagenbericht geschilderten Entwicklungen. Die kantonalen Konferenzen und Ämter nennen folgende Punkte, welche aus ihrer Sicht die Attraktivität der BM einschränken: das Kosten-/Nutzenverhältnis stimmt nicht für die Lehrbetriebe (**CLPO, BB NE, BB BL, BB GL**), es fehlen Anreize für die Lehrbetriebe (**ZBK, BB UR**), der Aufwand für Lernende ist zu gross (**ZBK, BB UR**), die BM stellt hohe Anforderungen an die Jugendlichen (**CLPO, BB NE**), die BM1 wird immer anspruchsvoller (**BB BS**), der Stoff der BGB und der BM1 lässt sich nicht in zwei Schultagen bewältigen (**CLPO, BB NE**), die Überspezialisierung der Berufe (**CLPO, BB NE**), mangelnde finanzielle Unterstützung der Flexibilisierung durch den Bund bzw eine finanzielle Bevorzugung der BM2 durch den Bund (**CLPO, BB NE**), keine Priorisierung der BM bei Berufsrevisionen (**BB BE**), keine Dispensationen für den BK-Unterricht für BM1-Lernende wegen mangelndem Anschluss der Handlungskompetenzen-Fächerorientierung (**BB GL**).

Zur Verbesserung der Attraktivität werden die folgenden Ideen formuliert: Eintritt in die BM erleichtern/chancengerechter machen (**ZBK, BB UR, BB GE, BB BL**), BM-Angebote besser mit BGB verzahnen und in der Berufsentwicklung berücksichtigen (**BB SG, BB VD, BB TI, BB SO, BB BS, BB AG**), Entwicklung attraktiver Modelle für die Integration der BM1 in die EFZ-Ausbildungspläne (**BB VD**), Optimierung der Koordination und Vereinbarkeit zwischen Berufsfachschule und Lehrbetrieb (**BB BL**), blended learning (**BB VS**), Durchführung von Studien zu den Ursachen, dem Kosten-Nutzen-Verhältnis und der Wirkung der BM auf das Berufsleben (**BB BL**) sowie zur Auswirkung einer Anstellung von BM-Lernenden für den Lehrbetrieb (**BB VD**), Durchlässigkeit zur FH bekannter machen (**BB BL, BB BE**), frühzeitiges Informieren über Anforderungen, Möglichkeiten und Anschlusslösungen der BM (**BB BS**), Information an Lehrbetriebe über die Vorteile der BM (**BB BE, BB TI**), Imagepflege (**BB BL, BB AG, BB SO**), finanzielle Unterstützung der BM-Lehrbetriebe (**BB BL, BB GL, VoS LU**), BM1-Lernenden einen tieferen Lohn auszahlen (**BB GL**), sicherstellen, dass ein Nettonutzen für die Lehrbetriebe resultiert (**BB GR, VoS SZ**), Abwesenheit aufgrund des Schulbesuchs auf zwei Tage pro Woche beschränken (**BB GL, BB AG**), Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle (**BB BL**), Abstimmung der Anzahl BM-Jahre mit der Berufsausbildungsdauer (**BB SG**), Stärkung der BM als bevorzugten Bildungsweg (**BB VD**), Dispensation von BM-Lernenden ermöglichen mittels fächerorientiertem Unterricht und entsprechender Formulierung der Handlungskompetenzen (**BB GL**), Förderung der Weiterbeschäftigung von BM-Absolventinnen und -Absolventen (**VoS SZ**). **BB SH** hält fest, dass eine Vereinfachung der Zulassung von BM-Absolventinnen und -Absolventen zur PH die Attraktivität der BM verbessern könnte, **MiS TG** lehnt den direkten Zugang von BM-Absolventinnen und -Absolventen zur PH ab. **BB BE** bemängelt, dass 75% der BM-Absolvierenden in nur acht Berufen ausgebildet werden, und findet, dass BM-Absolvierende zum Eintritt in eine FH zu motivieren sind.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (9 Stellungnahmen)

Die Bildungsinstitutionen bewerten die Situation der BM1 unterschiedlich. **log** ist der Ansicht, dass die BM gut läuft und BM1 und BM2 beizubehalten sind. Gemäss **CFPA** ist die BM aufzuwerten. **KBSG**

unterstreicht, dass die Vereinbarkeit von BM und BGB gewährleistet bleiben soll. **BZSoG** und **KBSG** weisen darauf hin, dass die Einführung der Handlungskompetenzorientierung im KV- und im Detailhandelbereich den Anschluss an die BM stark erschwert. **BFSU** erachtet die BM2 aufgrund des grossen Drucks bei der BM1 als für anspruchsvollere Berufe geeigneter. **VBV** verweist auf die Kosten-Nutzen-Überlegungen von Lehrbetrieben. **TAS** weist darauf hin, dass die BM bei Jugendlichen zu wenig bekannt ist und Jugendliche darüber informiert werden müssen. Die **KSR** schlägt vor, die Gründe für die rückläufigen BM1-Zahlen zu analysieren. **gibb** ortet grossen Handlungsbedarf.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

Gemäss **AMS** ist die BM-Quote zu erhöhen und die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen durch den Ausbau flexibler Modelle zu steigern. **ZbW** verweist darauf, dass die BM2 die Durchlässigkeit erhöht. **K-HF** beobachtet, dass die Anzahl der FH-Studierenden ohne BM zunimmt, was der BM schadet. Zulassungsbedingungen zur FH sind konsequent einzuhalten, um die Attraktivität der BM beizubehalten. **AMS** verweist darauf, dass die Übergangsquote BM-FH zu tief ist. **ZbW** beobachtet, dass die BM-Absolventinnen und -Absolventen in die FH gelenkt werden, wobei die HF potenzielle Studierende verlieren. Dies kann gemäss **ZbW** verhindert werden durch attraktive HF-Angebote für BM-Absolvierende und eine andere Kommunikation zum Bildungswert der HF-Abschlüsse.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Gemäss **PS** und **BSLB VS** ist der Zugang zur BM zu erleichtern, beispielsweise durch Berücksichtigung der Noten aus der Sek I oder durch weniger strikte Zulassungsvoraussetzungen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger (**LS**). **PS** plädiert für die Möglichkeit, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler bereits im letzten Jahr der obligatorischen Schule auf die BM vorzubereiten (nach dem Beispiel in Luzern). Ansonsten ist die BM flexibler zu gestalten (**LS**), sind BM-Möglichkeiten auf mehr Berufe auszuweiten (**PS**) und ist das Image der BM zu fördern (**LS**). **BSLB ZH** schlägt vor, Lehrbetriebe stärker über die Vorteile der BM1 zu informieren.

2.5.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (8 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (1 Stellungnahme)

Alle Arbeitgeberverbände und Betriebe sehen den Nutzen der Berufsmaturität. **SAV, sgv, scind, KvR** betonen aber, dass die BM nicht für alle Unternehmen und nicht für alle Lernenden (**H+, BU**) das passende Bildungsangebot ist. Gemäss **H+** legt der Bund bei Revisionen zu viel Wert auf die BM1. Unternehmensgrösse und die zur Verfügung stehenden Personalressourcen spielen eine Rolle bei der Bereitschaft, BM1-Lernende auszubilden (**SWI**). **OSB** betont, dass die BM-Ausbildung so aufgebaut sein soll, dass Jugendliche nicht zu viel im Lehrbetrieb fehlen. Der Entscheid, eine Lehrstelle mit BM1 anzubieten, soll aber nicht nur vom unmittelbaren Nettonutzen abhängen (**SWI**). Gemäss **SWI** soll Jugendlichen der Besuch einer BM immer ermöglicht werden. **SDV** findet den Rückgang der BM1 besorgniserregend und schlägt vor, den Zugang zur BM zu erleichtern und Lehrbetriebe zu unterstützen, die BM-Lernende ausbilden. Gleichzeitig weist **SDV** darauf hin, dass der Weg an die HF ohne BM möglich ist. **SDV** findet es problematisch, dass BM-Absolventinnen und -Absolventen nach der FH in andere Berufe abwandern. Die BM ist vor allem in Branchen zu fördern, die nicht über ein ausgebautes HBB-Angebot verfügen (**SAV, sgv, scind, KvR, OdA BUG**). Flexible Modelle sind insbesondere für BM2 zu entwickeln im Hinblick auf den Trend zur Teilzeitarbeit und die steigenden politischen und inhaltlichen Anforderungen an die Berufsbildung (**SDV, SAV, sgv, scind, KvR**). **SAV, sgv, scind, KvR, OdA BUG, H+** befürworten flexible BM-Modelle. BM-Elemente könnten z.B. einzeln angeboten werden (**SAV, sgv, scind, KvR**) und die BM2 muss berufsbegleitend zu absolvieren sein (Berufstätigkeit und BM2 kombinieren) (**OdA BUG**). Die BM ist als Erstausbildung gegenüber der gymnasialen Maturität zu verorten, gerade auch, wenn es um die Rahmenbedingungen geht (**SAV, sgv, scind, KvR, OdA BUG**). Um BM-Absolventinnen und -Absolventen im Unternehmen behalten zu können, sind mit den FH Möglichkeiten für berufsbegleitende Studiengänge zu prüfen (**SAV, sgv, scind, SWI**). Weiter ist zu prüfen, ob die Fächerorientierung im BM1-Schulmodell mit dem handlungsorientierten Berufsschulunterricht optimal kompatibel ist (**SAV, sgv, scind**). Die Vereinbarkeit der BM mit der EFZ-Ausbildung ist zu fördern (**SAV, sgv, scind**).

Arbeitnehmerverbände (6 Stellungnahmen)

Auf Arbeitnehmerseite wird ein besserer Zugang zur BM gefordert: Die BM soll gefördert und für mehr Berufe zugänglich gemacht werden. Aktuell verteilen sich 75% der BM-Absolventinnen und -Absolventen auf acht Berufe bei der BM1 bzw. 15 Berufe bei der BM2 (**SGB, TS, traf, SYNA**). **SGB** plädiert für ein schweizweit einheitliches BM-Zulassungsverfahren aufgrund des Notendurchschnitts sowie Unterstützung der Jugendlichen während der BM1. **BCH** vertritt die Ansicht, dass das Aufnahmeverfahren aufgrund kantonal unterschiedlicher demografischer Voraussetzungen in der Hoheit der Kantone bleiben soll. Gemäss **BCH** ist die Qualität der BM sicherzustellen und der Zugang zur BM nicht zu vereinfachen. Für Bildungsgerechtigkeit gegenüber sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen müssen gemäss **BCH** mehr Förderangebote geschaffen und finanziert werden. Private BM-Anbieter sind stärker vom Bund zu kontrollieren.

Die Wahl einer BM soll gemäss **SGB** bei ausreichender schulischer Leistung ein grundsätzliches Recht der Lernenden und nicht abhängig von der Einwilligung des Ausbildungsbetriebs sein. Lehrbetriebe müssen die BM1 stärker unterstützen (**SGB**). Dass nicht alle BM-Absolventinnen und -Absolventen in die Tertiärstufe eintreten, zeigt gemäss **SGB** den Bedarf nach mehr Allgemeinbildung in der Berufsbildung. **KFMV** plädiert für eine Vereinfachung der Zugänge zu PH und Uni, eine bessere Koordination der Lernorte und flexible Strukturen bzw. abgestimmte Zeitmodelle, um die duale Ausrichtung zu sichern. **SYNA** befürwortet eine Modularisierung der BM: ein Teil soll während und ein Teil nach der Ausbildung absolviert werden, auch um die Lasten zwischen Lehrbetrieben und Jugendlichen zu teilen. Gemäss **BCH** erlauben die Bildungsgrundlagen der BM bereits eine gewisse Modularisierung. Die Modularisierung soll aus Sicht **BCH** nicht ausgebaut werden. **KFMV** findet die BM ein zentrales Instrument für die Bildungsdurchlässigkeit, sieht aber, dass der Nettonutzen der Ausbildung von BM1-Lernenden für Unternehmen tiefer ist als von Lernenden ohne BM1. Zudem verbleiben gemäss **KFMV** viele BM1-Absolventinnen und -Absolventen nicht im Unternehmen, sondern wechseln an eine FH.

2.5.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (4 Stellungnahmen)

Für **EHB** ist die BM ein Erfolgsmodell und die stagnierenden BM-Zahlen sind kritisch. Gemäss **ZHAW** ist zu untersuchen, worauf die rückläufigen BM-Zahlen zurückzuführen sind. Die BM-Abschlüsse konzentrieren sich auf wenige EFZ-Berufe. Um dem Rückgang entgegenzuwirken, soll die BM in mehr Berufen angeboten werden (**EHB**). Dazu braucht es eine bessere Abstimmung der Lernorte (**EHB**) und eine Bewerbung der BM (**EHB**). Auch muss bei Berufsrevisionen die BM mitberücksichtigt werden (**EHB**). **ZHAW** fordert zu prüfen, ob die BM zum lebenslangen Lernen befähigt. **EHB** weist darauf hin, dass die Umsetzung der BM in den Kantonen unterschiedlich ist und Bildungschancen so vom Wohnkanton mitbestimmt werden. Gemäss **EICH** sind die BM-Zulassungsverfahren schweizweit zu vereinheitlichen und auf den Notendurchschnitt zu basieren. Für **PrJu** müssen die Lehrbetriebe die BM1 stärker unterstützen. Zudem zeigen die BM-Absolventinnen und -Absolventen, die nicht in die Tertiärstufe eintreten, dass es einen Bedarf nach mehr Allgemeinbildung in der Berufsbildung gibt.

2.6 Nahtstelle II: Anschluss Berufsbildung – Arbeitsmarkt

Die Nahtstelle II – der Übergang von der BGB in den Arbeitsmarkt sowie in den Tertiär- oder Weiterbildungsbereich – funktioniert laut Einschätzung der Akteure grundsätzlich gut. Gründe dafür sind die arbeitsmarktorientierte Ausrichtung der Berufsbildung, der starke Einbezug der Trägerschaften sowie die Vermittlung von Grundkompetenzen und Allgemeinbildung. Dennoch sehen alle Beteiligten Optimierungspotenzial, um Anschlussfähigkeit, Durchlässigkeit und Arbeitsmarktfähigkeit weiter zu stärken. Die Vorschläge betreffen den Berufswahlprozess, die Information und Sensibilisierung von Jugendlichen und Eltern für die Berufsbildung, den ABU, die Vermittlung von transversalen Kompetenzen in der BGB, den Fokus auf die Aneignung von Kernkompetenzen des Berufs sowie die Positionierung der HBB.

2.6.1 Bund

1 Stellungnahme

Laut **BAFU** gewinnen überfachliche Kompetenzen auch im Umgang mit Fragen der Nachhaltigkeit an Bedeutung.

2.6.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (24 Stellungnahmen)

Gemäss den Rückmeldungen der kantonalen Konferenzen und Ämter funktioniert die Nahtstelle II grundsätzlich gut (**ZBK, BB SO, BB UR, VoS LU**), und das Steuerungssystem der Berufsbildung unterstützt den Übergang der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (**CLPO**). Die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und die HBB ist das Ziel der BGB (**BB GL**). Als zentral wird eine gute Qualität der BGB eingeschätzt (**BB SO**), welche die Übereinstimmung der erworbenen Kompetenzen mit den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarkts gewährleistet (**BB GR, BB TI**). Deshalb soll der Fokus der Ausbildung auf den Kernkompetenzen des Berufs liegen (**BB BE, BB GR**) und sowohl QV im theoretischen wie im praktischen Bereich beinhalten (**BB GL**). Eine zu starke Spezialisierung in der BGB wird als problematisch eingeschätzt, eine Verschiebung der Spezialisierung in die HBB als Erleichterung für den Einstieg in den Arbeitsmarkt und die berufliche Entwicklung (**BB AG, BB ZH**). **BB GL** erachtet den Einbezug der Berufsverbände bei der Definition der Bildungsinhalte und QV als zentral. Ebenso wird es als wichtig angesehen, dass die Anzahl der Auszubildenden sich am Bedarf des Arbeitsmarkts orientiert (**BB GL, BB SG**). Der rasche Strukturwandel, insbesondere durch Digitalisierung und Automatisierung, verlangt den Erwerb von Soft Skills und überfachlichen/transversalen Kompetenzen in der BGB (**CLPO, BB AG, BB BL, BB NE, BB SO, BB SZ, BB UR, BB ZH, VoS SZ**), um die Arbeitsmarktfähigkeit und Mobilität auch langfristig erhalten zu können (**BB AG, BB GE, BB SO**) und für den Umgang mit Nachhaltigkeitsfragen gerüstet zu sein (**CLPO**). Diese Kompetenzen sind im ABU zu vermitteln (**BB UR**) bzw. in den Berufsprofilen oder Ausbildungsplänen zu verankern (**BB AG, BB BL, BB GE**) und die Revisionen zur Überprüfung der Aktualität der Bildungsinhalte zu vereinfachen und beschleunigen (**BB BL, BB BS**). Gleichzeitig betont **BB GR**, dass die BGB nicht überladen werden sollen, da sie durch zu viele Anforderungen insbesondere für schulisch Schwächere nicht mehr bewältigbar sind. Für bestimmte Zielgruppen braucht es spezielle Begleitmassnahmen (**BB GE**). Gleichzeitig finden dank dem Fachkräftebedarf auch unerfahrene BGB-Absolventinnen und -Absolventen den Einstieg in den Arbeitsmarkt (**BB BS**). Um den Anschluss an die Tertiärstufe zu gewährleisten, soll der ABU genügend Gewicht haben (**BB BE**), und der Zugang zur HBB und Weiterbildung soll vereinfacht und attraktiver werden (**BB BL**). **BB BL, BB UR, BB VD** betonen die Wichtigkeit einer frühzeitigen Information und Sensibilisierung von Jugendlichen und Eltern über Bildungswege und Weiterbildungsangebote und deren Nutzen. **BB UR** schlägt Laufbahngestaltungs-Kurse durch die BSL vor. **BB TI** betont, dass bei der Kommunikation auf ein gutes Framing zu achten ist und konkrete Massnahmen notwendig sind, um die Nahtstelle II zu stärken. **CLPO, BB NE, VoS SZ** schlagen die Förderung von flexiblen dualen Bildungswegen vor. **VoS SZ** verweist auf die Notwendigkeit einer besseren internationalen Vergleichbarkeit der Abschlüsse. **Bi JU** verweist auf die Notwendigkeit des Einbezugs der Arbeitsämter bei der Stärkung des Übergangs von der BGB in den Arbeitsmarkt.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (8 Stellungnahmen)

Die Mehrheit der Bildungsinstitutionen sieht keinen Handlungsbedarf an der Nahtstelle II (Ausnahme: **gibb**). Einige sagen explizit, dass die Nahtstelle II gut funktioniert (**BFSU, log, VBV**) bzw. es keinen

Handlungsbedarf gibt (**KSR**). **TAS** erwähnt die Bedeutung einer erfolgreichen Berufswahl für einen erfolgreichen Übergang II sowie damit verbunden die Notwendigkeit einer frühzeitigen, realitätsnahen Auseinandersetzung mit Berufen. **BZSoG** hält fest, dass die neuen Abschlusszeugnisse eine zu geringe Aussagekraft haben. **KBSG** hat die Befürchtung, dass mit dem Unterricht in Handlungskompetenzbereichen eine Einschränkung auf die Branche einhergeht, die den Berufswechsel erschwert. **log** fordert bessere finanzielle Unterstützung durch die Kantone.

Tertiärer Bildungsbereich (4 Stellungnahmen)

AMS beurteilt die systemische Verknüpfung von Berufsbildung und Arbeitsmarkt als Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche Nahtstelle II. In der BGB sollen Kernkompetenzen vermittelt und die Grundkompetenzen gestärkt werden, damit die Anschlussfähigkeit an die weitere Bildung gewährleistet ist (**K-HF, ZbW**). Entsprechend fordert **ZbW**, die Bildungsinhalte in der BGB zu straffen und einer Verwässerung der Kernkompetenzen und der Überforderung der Lernenden entgegenzuwirken. **K-HF** schlägt die Schaffung von Berufsfeldern bzw. breiteren Berufsprofilen in der BGB vor. Die berufliche Spezialisierung soll erst auf der Tertiär- und WB-Stufe erfolgen. **AMS** verlangt, die FH in Ergänzung zu HBB für eine andere Zielgruppe zu positionieren.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die BSLB betont die grosse Arbeitsmarktnähe der Berufsbildung (**LS**), die Wichtigkeit der Förderung von Laufbahngestaltungskompetenzen in der Berufsfachschule (**BSLB ZH, PS**) sowie von steter Weiterbildung von Beginn der Erwerbskarriere an (**BSLB VS**). Für den Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit sind Soft Skills und überfachliche Kompetenzen notwendig (**PS, LS**). **BSLB ZH** und **PS** fordern den Ausbau von kostenlosen BSLB-Angeboten wie z.B. Mentoring-Programmen am Übergang II sowie die Schaffung eines Arbeitsmarktfahrplans analog dem Berufswahlfahrplan für den Übergang II. Ferner soll die BGB in Berufsfelder organisiert werden, um spätere Berufswechsel zu begünstigen (**BSLB VS**).

2.6.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (8 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Für die Arbeitgeberverbände ist für eine erfolgreiche Nahtstelle II die Passgenauigkeit der BB-Abschlüsse auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sowie die Reformfähigkeit der Ausbildungen zentral (**SAV, sgv, SDV, H+, scind, KvR**). Die Arbeitgeber fordern eine Stärkung der Verbundpartnerschaft durch eine sachliche Auseinandersetzung, die Sicherstellung der Rückbindung, Kompromissbereitschaft sowie effiziente Prozesse, die eine rasche Entscheidungsfindung gewährleisten (**SAV, sgv, SDV, H+, scind, OdA BUG, KvR**). Politische Interventionen führen gemäss den Arbeitgeberverbänden zu einer Schwächung der Verbundpartnerschaft. Branchenübergreifende Regulierungen sind aus ihrer Sicht zu vermeiden und vielmehr branchenspezifische Lösungen zu finden (**SAV, sgv, scind, OdA BUG, KvR**). **SAV** und **sgv** sprechen sich gegen den Ausbau des ABU und für den Fokus der Ausbildung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes aus. Branchenübergreifende Forderungen zu Nachhaltigkeit, Mobilität und dem Erwerb der zweiten Landessprache sind gemäss **SAV** und **sgv** und ihren Mitgliedern zu reduzieren. Dieselben **Arbeitgeber** sowie **OSB** fordern, dass eine rasche Anpassung von Berufsbildern auch ausserhalb von Revisionen durch die Trägerschaften möglich sind. **OSB** betont, dass die Nahtstelle II gut funktioniert. **H+** fordert, dass die Lehrbetriebe stärker in den Berufsentwicklungsprozess und bei der Definition der Bildungsinhalte involviert werden und der Einfluss der Branchen in den B+Q-Kommissionen erhöht wird. **SDV** betont, dass der Trend zur Akademisierung die HBB nicht schwächen darf und die Durchlässigkeit und Positionierung der HF zu stärken sind. **VSBS** unterstreicht, dass aufgrund der abnehmenden Zahlen der Auszubildenden ein Fachkräftemangel besteht. **SWI** beurteilt die hohe Anzahl BGB, das komplexe Stakeholdersystem mit unklaren Zuständigkeiten und zu langen Entscheidungsprozessen sowie die Bürokratie als Herausforderung. **SWI** fordert, Soft Skills und überfachliche Kompetenzen in die Ausbildung zu integrieren. **BU** erwähnt, dass der Übergang II für junge Menschen eine Herausforderung ist und die RAV sie dabei unterstützen sollen.

Arbeitnehmerverbände (4 Stellungnahmen)

Die Arbeitnehmerverbände erachten für eine erfolgreiche Nahtstelle II die Passgenauigkeit der BB-Abschlüsse auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes als zentral (**TS, SYNA, BCH, KFMV**) und betonen,

dass dafür effiziente Prozesse bei den Berufsrevisionen sowie von Seiten Arbeitnehmenden fortwährende Weiterbildung notwendig sind (**TS**). **SYNA** erachtet es als wichtig, eine attraktive und jugendgerechte Ausbildung anzubieten. **BCH** unterstreicht die Wichtigkeit des Berufswahlprozesses für die Nahtstelle II. **SGB** beurteilt die Berufswahl mit der grossen Anzahl BGB als Überforderung für Jugendliche und Eltern. Die Folge ist die Verzögerung der Berufswahl durch die Wahl von Brückenangeboten oder dem allgemeinbildenden Weg. Gemäss **SGB** ist die frühe Berufswahl sowie eine frühe Spezialisierung in der BGB nicht im Interesse der Jugendlichen und ihrer sozialen Mobilität. Auch sind die Zahlen der Lehrvertragsauflösungen für **SGB** ein Problem. **SGB** spricht sich aus für eine Reduktion der Anzahl BGB zugunsten breiteren Berufsfeldern mit generalistischen BGB (z.B. Gesundheit, Soziales, KV). Dies führt laut **SGB** zu starken OdA mit Sozialpartner-Einbezug. Auch **BCH** fordert, dass die BGB nicht nur auf ihren rein wirtschaftlichen Nutzen hin ausgestaltet werden, sondern eine solide Allgemeinbildung und gute Grundkompetenzen (als Grundbedingungen für gesellschaftliche Teilhabe und lebenslanges Lernen) vermitteln. **SGB** verweist weiter darauf, dass Soft Skills und überfachliche Kompetenzen für die berufliche Mobilität, die Beschäftigungsfähigkeit und das lebenslange Lernen zentral sind. **SGB** merkt weiter an, dass die Berufsbildung noch unausgeschöpftes Potenzial hat zur Reduktion von Jugendarbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit und Working Poor (95%-Ziel ist noch nicht erreicht). **BCH** betont die Wichtigkeit der Weiterbildung für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und verlangt, dass die Bedürfnisse der KMU im Berufsentwicklungsprozess stärker berücksichtigt werden. **BCH** ist skeptisch be treffend die Bündelung von nicht-formal und informell erworbenen Bildungsleistungen zu eidgenössischen Abschlüssen und sieht die Gefahr einer Verwässerung der Abschlüsse. **KFMV** macht beim PH-Zugang eine Benachteiligung von BM-Absolventinnen und -Absolventen gegenüber Personen mit gymnasialer Maturität aus und fordert Chancengerechtigkeit zwischen den beiden Bildungswegen. Zudem fordert **KFMV** das vermehrte Sichtbarmachen von Karrierewegen über BGB und HBB sowie die Erhöhung der Bekanntheit und Anerkennung der HBB in der Öffentlichkeit und im internationalen Vergleich. **KFMV** begrüßt die Einführung der Titelzusätze *Professional Bachelor* und *Professional Master* in der HBB und regt die Prüfung einer Bildungswährung für die Berufsbildung analog der ECTS auf Hochschulebene an. **KFMV** fordert eine Flexibilisierung der HBB-Angebote, die Sicherung der Durchlässigkeit durch eine enge Verzahnung der Lernorte und eine transparente Anrechnung von Bildungsleistungen.

2.6.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (3 Stellungnahmen)

EHB und **PrJu** betonen, dass die Nahtstelle II grundsätzlich gut funktioniert. Gemäss **EHB** erleichtert die hohe Arbeitsmarkt- und Praxisnähe sowie der gute Ausbau der Berufsbildung den Berufseinstieg von Jugendlichen und trägt dazu bei, dass in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr viele Jugendliche einen Sek II-Abschluss erwerben. Aufgrund der raschen Veränderungen des Arbeitsmarktes gewinnen überfachliche Kompetenzen an Bedeutung (**PrJu, EHB**). Es ist darauf zu achten, dass dem Erwerb der überfachlichen Kompetenzen und der Allgemeinbildung in der BGB trotz der hohen Praxisorientierung genügend Rechnung getragen wird (**EHB, PrJu**) und dass die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner gute Rahmenbedingungen haben (**PrJu**). **SSK** fordert, die BGB breiter zu konzipieren und auf eine Spezialisierung auf dieser Bildungsstufe analog anderer internationaler Entwicklungen zu verzichten. Gemäss **SSK** sollen zudem die Revisionen in gewissen BGB aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung schneller umgesetzt werden.

2.7 Zugang zur Berufsbildung ermöglichen

Der Zugang zur Berufsbildung wird von vielen Akteuren grundsätzlich als gut eingeschätzt. Es bestehen jedoch weiterhin Hürden, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus sozioökonomisch benachteiligten oder bildungsfernen Familien sowie für Menschen mit Beeinträchtigungen. Auch Erwachsene ohne nachobligatorische Ausbildung und Quereinsteigende sind betroffen. Sprachliche Barrieren, fehlende Grundkompetenzen und regionale Unterschiede im Ausbildungsangebot erschweren den Einstieg zusätzlich. Die zunehmende Tertiarisierung und die Überforderung vieler Jugendlicher bei der Berufswahl verstärken diese Problematik. Die Akteure haben verschiedene Ideen für die Verbesserung des Zugangs zur Berufsbildung.

2.7.1 Bund

2 Stellungnahmen

Aus Sicht **SEM** ist das EBA als niederschwelliges Ausbildungsformat bedeutsam, insbesondere für spät zugewanderte Personen. Das Niveau des EBA soll beibehalten und bei Revisionen auf die Niederschwelligkeit geachtet werden. Für **BSV** ist es wichtig, dass der Zugang zur Berufsbildung für Personen mit körperlichen und psychischen Behinderungen durch gezielte Massnahmen ermöglicht wird. Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie Lehrpersonen sollen zum Thema Barrierefreiheit in Ausbildung und Unterricht sensibilisiert werden. Das Ziel ist die Chancengerechtigkeit auf der Grundlage des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG), das Chancengleichheit auch in der Berufsbildung verlangt.

2.7.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (23 Stellungnahmen)

Der Zugang zur Berufsbildung funktioniert gemäss den kantonalen Konferenzen und Ämtern mehrheitlich gut. **BB ZH** ist mit dem Beschrieb des Betrachtungsfelds einverstanden. Es existieren verschiedene Unterstützungsangebote, dennoch bestehen Hürden, etwa für sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche (**ZBK, BB UR, BB BS**). **CLPO** ist der Ansicht, dass die Berufswahl für alle beibehalten werden soll, während die Unterstützungsmassnahmen den Risikogruppen vorbehalten sein sollen. **BB VD** vertritt die Ansicht, dass BGB aufgrund der Berufswahl, Praktika und Bewerbungen weniger gut zugänglich ist als der allgemeinbildende Weg. Im Hinblick auf das 95%-Ziel hat **BB TI** gute Erfahrungen gemacht mit der Schulpflicht bis 18 Jahre. Die Quote der Sek II-Abschlüsse im Tessin ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. **VoS LU** fordert ein besseres Verständnis dafür, wie das 95%-Ziel erreicht werden kann. Für die Chancengleichheit ist der Zugang zur Berufsbildung entscheidend, insbesondere auch für Erwachsene und Personen in prekären Lebenslagen (**BB GE**). Mehrheitlich sehen die Kantone den Ausbau der Sprachförderung sowie gezielte Unterstützung für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien als zielführend (**ZBK, BB VS, BB BL, BB TI, BB GR, BB AG, BB SG, BB SO, BB UR**). Auch Coaching- und Mentoringprogramme sowie eine frühzeitige Berufsorientierung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schule, Lehrbetrieben und Berufsberatung finden breite Unterstützung (**BB BL, BB VD, BB UR, BB AG, BB SO**). Mehrere Kantone befürworten die Ausweitung der fachkundigen individuellen Begleitung (fiB) auf die BGB mit EFZ (**ZKB, BB UR, BB BS**) sowie nationale Instrumente zur Anrechnung von Bildungsleistungen (**CLPO, BB SH, BB VD**). Einige Kantone sehen Handlungsbedarf beim Berufsabschluss für Erwachsene (**BB BE, BB UR, BB GL**). Einzelne schlagen digitale Lernplattformen (**BB SO**), flexiblere Modelle (**BB BE, BB SO**), die Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse (**BB SH**), verbindliche Standards für Barrierefreiheit (**BB SO**) und eine stärkere Koordination von Sozial- und Bildungsangeboten vor (**BB AG**). Zudem sehen einzelne Bedarf an finanzieller Unterstützung (**BB BL, BB GR**). **BB VD** möchte die Hürden des berufsbildenden Wegs abbauen (Berufswahl, Praktika, Bewerbung) und verweist auf gute Erfahrungen mit dem Ausbau des Praxisbezugs auf der Sek I-Stufe.

Die Volksschulämter schlagen verschiedene Massnahmen auf Sek I-Stufe vor: en Start der Berufsorientierung bereits zu Beginn der Sek I-Stufe sowie die Gewährleistung des Praxisbezugs (**VoS NE**) mittels Einbezug der Arbeitgeberverbände (**VoS FR**), eine systematische Berufsorientierung und Begleitung von Jugendlichen an der Nahtstelle I (**VoS SZ**), die Vernetzung und Netzwerkarbeit der Volkschule mit den nachobligatorischen Bildungswegen sowie zwischen allgemeinbildendem und berufsbil-

dendem Weg (**VoS FR**), die Weiterbildung der Lehrpersonen (**VoS FR**), Swiss Skills ab Primarschulstufe (**VoS FR**), die Steigerung des Images der Berufsbildung bei Jugendlichen und Eltern, z.B. mit Informationen über das Bildungssystem und seine Durchlässigkeit (**VoS NE**), die Entwicklung und Koordination von Massnahmen gegen Dropouts in Zusammenarbeit mit den Akteuren der obligatorischen Schule (**VoS GR**), früherer Beginn der Sprachförderung (**VoS GR**), gezielte Förderangebote für Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Familien (**VoS SZ**), Kooperationen zwischen städtischen und ländlichen Regionen, innovative Modelle der Berufsbildung sowie digitale Lernangebote (**VoS SZ**) sowie den Ausbau von frühkindlichen und schulischen Förderangeboten (**VoS SG**). **BiJU** möchte den Zugang zur Berufsbildung so leicht wie möglich machen, indem für verschiedenste Profile Angebote entwickelt werden.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (8 Stellungnahmen)

Beim Zugang zur Berufsbildung sehen die Bildungsinstitutionen verschiedene Herausforderungen: Die zunehmende Akademisierung (**BZSoG**), je nach Region zu wenig duale Ausbildungsplätze (**CFPA**), die Allgemeinbildung als einfacherer Weg (**CFPA**), die Überforderung der Jugendlichen bei der Berufswahl (**log**), die Gewichtung von Leistung und Exklusivität anstatt eines Zugangs für alle (**VBV**). **SRK** weist zudem auf die Bedeutung von Branchenzertifikaten für die Integration von Quer- und Wiedereinsteigern und -einstiegern sowie von Grundkompetenzen für geringqualifizierte Erwachsene hin. **gibb** sieht grossen Handlungsbedarf.

Zur Verbesserung des Zugangs werden verschiedene Vorschläge eingebracht: die Sensibilisierung der Eltern für die Berufsbildung (**BFSU**), die Entwicklung eines Angebots von mehr betrieblichen Einstiegsjahren und eine nationale Vereinheitlichung (**log**) sowie die Förderung von stärkenorientierten Erlebnissen für Jugendliche (**TAS**). **SRK** unterstreicht die Wichtigkeit der Optimierung der Anschlussfähigkeit von Branchenzertifikaten für die Integration in die formale Bildung sowie von Massnahmen, die insbesondere benachteiligten oder unterrepräsentierten Gruppen den Zugang erleichtern.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

Für **AMS** ist wichtig, dass die HBB in ihrem Profil klar erkennbar bleibt und dass Jugendliche und Erwachsene gut informierte Entscheidungen treffen können. **ZbW** schlägt vor, den Zugang für Quereinsteigende sowohl in die BGB als auch in den Arbeitsmarkt zu verbessern durch flexible national anerkannte Modelle und finanzielle Unterstützung. **K-HF** fordert die Qualität der BSLB auf der Sek I-Stufe auszubauen sowie eine finanzielle Gleichbehandlung der tertiären Bildungstypen anzustreben.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (3 Stellungnahmen)

Von Seiten BSLB werden verschiedene Ideen zur Verbesserung des Zugangs zur Berufsbildung eingebracht wie die Unterstützung von Personen mit Lücken bei den Grundkompetenzen durch gezielte Angebote wie *Einfach besser* (**BSLB VS**) und die Unterstützung von Migrantinnen und Migranten sowie bildungsfernen Personen durch Angebote beim Spracherwerb, kostenlose Berufsberatung, Coaching und Brückeangebote (**BSLB VS, LS, PS**). **BSLB VS** und **BSLB ZH** betonen, dass nicht mehr Beratungsangebote zu schaffen, sondern bestehende zu stärken sind (RAV, BSLB, Sozialdienste, IIZ, viamia, INVOL, CMBB, Mentoring-Angebote etc.). Weitere Vorschläge sind die Förderung des Zugangs, der Bildungsangebote und der Informationen zum Berufsabschluss für Erwachsene (**BSLB ZH, PS**), Eltern mehr Informationen zum Bildungssystem zur Verfügung stellen, insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund (**BSLB ZH**), praktische Zwischenlösungen an der Nahtstelle I (**PS**) sowie eine verbindliche Zielseitung für berufliche Qualifikationen von Erwachsenen (**PS**).

2.7.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (8) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Aus Sicht der Arbeitgeberverbände und Betriebe soll der Zugang zur Berufsbildung für verschiedene Anspruchsgruppen offen sein (**SAV, SGV, OdA BuG, SDV, BU**). In den letzten Jahren wurden bewährte Instrumente gezielt ausgebaut und neue Projekt lanciert (**SAV, SGV**). Niederschwellige, nicht-formale Einstiegsangebote, z.B. für Migrantinnen und Migranten, sind wichtig und müssen branchenspezifisch ausgestaltet sein (**OdA BUG, SAV, SGV**). Gleichzeitig betonen Arbeitgebende die Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse, die den Anschluss an weitere Bildungswege ermöglichen (**OdA BUG, SAV, SGV**).

Aus ihrer Sicht soll die Berufsbildung gleichwertig zur Allgemeinbildung anerkannt und praxisnah gestaltet sein. Die Arbeitgeber betonen mehrheitlich die Bedeutung guter Sprachkompetenzen in der lokalen Landessprache als Schlüssel für den erfolgreichen Einstieg in Berufsbildung und Arbeitsmarkt (**SAV, SGV, KvR**). Ebenfalls mehrfach genannt werden die Förderung der Grundkompetenzen sowie bei Bedarf die Fortsetzung von Begleitmassnahmen nach dem Start in die BGB, um insbesondere kleinere Betriebe zu entlasten (**SAV, SGV, KvR**). Der Erhalt der bestehenden Anforderungen für formale Bildungsabschlüsse wird als essenziell angesehen, um die Arbeitsmarktfähigkeit zu gewährleisten (**KvR**). Auch Programme an der Nahtstelle I wie LIFT oder die Integrationsvorlehre (INVOL) geniessen breite Unterstützung. **stec** weist auf den arbeitgeberseitig hohen Aufwand für die Ausbildung fremdsprachiger Jugendlicher hin. Einzelne Arbeitgebervertretungen äussern Vorschläge wie finanzierte Informationskampagnen zur Berufsbildung, z.B. für junge Frauen in bestimmten Berufen (**SWI**) oder ein verbesserter, koordinierter Berufswahlprozess (**SWI, BLS**), den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft oder die gezielte Ansprache leistungsstarker Schülerinnen und Schüler (**SWI**). **H+** weist auf den hohen Aufwand für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen hin. **scind** hält eine Stärkung der EBA für zielführend.

Arbeitnehmerverbände (5 Stellungnahmen)

Die Arbeitnehmerverbände **TS, SGB, BCH, traf, KFMV, SYNA** betonen, dass sozioökonomische Faktoren für die Bildungswahl an der Nahtstelle I und für die künftigen Weiterbildungsmöglichkeiten zentral sind. **SGB** vertritt die Ansicht, dass die bestehenden Massnahmen und Instrumente nicht ausreichen, um das 95%-Ziel zu erreichen. Um Chancengerechtigkeit beim Zugang zu erreichen, muss die Berufsbildung durchlässig, gleichwertig und flexibel gestaltet sein. Dafür braucht es gezielte politische, strukturelle und kommunikative Massnahmen (**KFMV**). Das EBA bietet einen niederschwelligen Einstieg in die formale Bildung, ist jedoch noch wenig bekannt und seine Anschlussmöglichkeiten werden unterschätzt (**KFMV**). Gemäss **SGB** sind die EBA-Ausbildungen auszubauen, ebenso die Angebote im Bereich der Grundkompetenzen. Die Attraktivität der Berufsbildung hängt auch davon ab, Hindernisse beim Einstieg in die BGB zu beseitigen (**traf, TS**). Informationsgrundlagen für BSLB, Eltern und Jugendliche müssen laufend aktualisiert werden (**BCH**). Privatisierte, kostenpflichtige Grundbildungen stehen der Chancengerechtigkeit entgegen. Das passende Matching an der Nahtstelle I wird als wichtiger eingeschätzt als reine Durchlässigkeit (**BCH**). Vorgeschlagen werden gezielte Elterninformation und der Einbezug von Peergroups in Kampagnen (**BCH**), mehrtägige Schnuppertage zur Förderung des Praxisbezugs (**BCH**), barrierefreier Zugang zu unterstützenden Technologien für Menschen mit Behinderung (**traf, TS**) sowie Informationskampagnen für Betriebe zur Förderung von EBA-Lehrstellen (**KFMV**). Kostenlose, niederschwellige BSLB-Angebote für bildungsferne Personen (**traf, TS**) und arbeitsmarktlische Massnahmen zur Qualifizierung Erwachsener (**KFMV**) werden ebenso gefordert wie verbindliche Ziele für berufliche Abschlüsse bei Erwachsenen ohne nachobligatorischen Abschluss (**traf, TS**). Gemäss **SGB** sind vorgelagerte INVOL- und PrA-Angebote auszubauen und Personen auf dem Weg zu einem Berufsabschluss zu fördern. Neue Qualifizierungsangebote wie Validierung oder Teilzertifikate sowie begleitete Übergänge sollen ausgebaut werden (**KFMV**). Altersunabhängige finanzielle Unterstützung in Berufs- und Weiterbildung wird als notwendig erachtet (**traf, TS, SYNA**), ebenso existenzsichernde Löhne für Erwachsene während einer BGB (**SGB**). Zur Stärkung der HBB muss gemäss **KFMV** deren Gleichwertigkeit zur Hochschulbildung betont werden, etwa durch Imagekampagnen, bessere internationale Vergleichbarkeit, höhere Subjektfinanzierung und mehr Sichtbarkeit in der BSLB. Zudem weist **SYNA** auf die Bedeutung der Zweisprachigkeit hin und schlägt vor, passende Mobilitäts- und Onlineformate zu entwickeln.

2.7.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (5 Stellungnahmen)

EHB betont, dass sozio-ökonomische Faktoren den Zugang zu formaler Bildung beeinflussen. Um diesem Umstand zu begegnen, sind z.B. Unterstützungsinstrumente zu stärken oder das EBA zu entstigmatisieren. **SAJV** betont, dass die Jugendpolitik zwischen den Kantonen stark variiert. Der Bund übernimmt dabei eine ausgleichende Rolle. Beim Zugang zur Berufsbildung bestehen für gewisse Gruppen wie Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus bildungsfernen Familien oder mit Beeinträchtigungen erhebliche Hürden (**PrJu**). Gemäss **EICH** fehlt es an konkreten Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Um allen Jugendlichen einen erfolgreichen Bildungsabschluss zu ermöglichen, sind in allen

Kantonen individuelle Unterstützungsangebote erforderlich (**SAJV**). Zielgruppenspezifische Elternbildungsprogramme sollen das Bewusstsein für Berufsbildung stärken (**EICH**). Eine frühzeitige Begleitung sowie niederschwellige Angebote wie das EBA, finanzielle Unterstützung und barrierefreier Zugang sind entscheidend für einen gelungenen Einstieg in die Berufsbildung (**PrJu, CYC**). Zudem soll die geschlechterunabhängige Berufswahl gefördert werden (**CYC**).

2.8 Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen

Die Akteure betonen, dass sich die Berufsbildung neben den wirtschaftlichen Realitäten an gesellschaftlichen Entwicklungen und den Bedürfnissen der jungen Generation orientieren muss, insbesondere auch derjenigen der leistungsstärkeren Jugendlichen. Es wird eine Flexibilisierung der Bildungswege gefordert, wobei die Ausbildungsqualität gewahrt werden muss. Auch Kommunikation und Information sind zentrale Themen, insbesondere im Berufswahlprozess und im Hinblick auf die Imagepflege der Berufsbildung. Die Rolle der Eltern wird als zentral erachtet. Auch Ferienregelungen werden diskutiert, wobei hierzu unterschiedliche Positionen bestehen.

2.8.1 Bund

2 Stellungnahmen

BAFU weist darauf hin, dass die Sinnhaftigkeit des Berufs ein wichtiges Kriterium bei der Berufswahl ist. **SEM** erwähnt die Bedeutung von Kommunikation und Information sowie von Schnupperlehren.

2.8.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (21 Stellungnahmen)

Die Mehrheit der Berufsbildungämter ist der Ansicht, dass die Berufsbildung den Bedürfnissen und Erwartungen der jungen Generationen angepasst werden soll, z.B. im Hinblick auf Flexibilität, Sinnstiftung, work-life-balance und Ferien (**BB AG, BB BE, BB BL, BB BS, BB GE, BB NE, BB SG, BB TI, BB UR, BB VD, ZBK, CLPO**). Mehrere Volksschulämter sind ebenfalls der Ansicht, dass gesellschaftliche Entwicklungen (Lebensqualität, Flexibilität, Selbstbestimmung) berücksichtigt werden müssen (**VoS FR, VoS NE, VoS LU, VoS SZ, VoS SG**). Die Ausbildungsprogramme sollen den Zielgruppen angepasst werden (**BB BL, BB BS**). **BB GE** empfiehlt, innovative Ausbildungsmodelle sowie Mobilität zu fördern. **VoS GR** verweist auf die Leistung der Volksschule bei der Vermittlung von überfachlichen Kompetenzen wie Selbstreflexion. **VoS NE** erachtet die Weiterentwicklung von Programmen zur Talentförderung (z.B. im Sport- oder Kunstbereich) für wichtig.

CLPO weist darauf hin, dass die Ausbildungsmodelle agil und gezielt gestaltet sein sollen (z.B. selbst-organisiertes Lernen) und dass zugleich die Qualität nicht darunter leiden darf. **ZBK** und **BB UR** vertreten die Auffassung, dass bezüglich der Präferenzen die OdA und Lehrbetriebe in der Pflicht sind. **BI JU** weist darauf hin, dass der Ruf eines Lehrbetriebs entscheidend ist. Aus Sicht **BB SG** gibt es zu viele Wahlmöglichkeiten. **BB GL** schlägt vor, primär den Markt spielen zu lassen, etwa in Fragen von Lohn und Ferien. **BB SH** erachtet eine genauere Abfrage der Bedürfnisse der Jugendlichen für wichtig. Keinen Handlungsbedarf sieht **BB GR**, die bestehenden Angebote und Möglichkeiten können bei Bedarf ausgebaut und angepasst werden. **BB BL, BB BE, BB TI** heben die Bedeutung von gezielter Information und Kommunikation über verschiedene Kanäle hervor, wobei auch die Eltern eine wichtige Rolle spielen. Beratung und Instrumente zur Berufswahl sollen frühzeitig angeboten werden (**BB SO**). **BB BL** betont, dass die Kampagne für die HBB auch die BGB attraktiver macht. Aus Sicht **BB BE** soll das Berufsmarketing die Kernbotschaft enthalten, dass sowohl die Berufsbildung als auch der allgemeinbildende Weg sich auf der Tertiärstufe natürlicherweise fortsetzen. **BB BS** ist der Meinung, dass die Verbundpartnerschaft auch hier gestärkt werden soll.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (10 Stellungnahmen)

BFSU, KSR heben die Bedeutung von Information hervor. **etml** schlägt die Unterstützung von Lehrbetrieben vor und macht den Vergleich mit Familienzulagen. **gibb** erachtet den Handlungsbedarf als gross. **log** ist der Ansicht, dass für die Jugendlichen nebst dem Lohn, Lebensqualität, Flexibilität, Selbstbestimmung und Auswahlmöglichkeiten (Modularisierung) wichtig sind. **CFPA** fügt hinzu, dass den Lernenden mehr Ferien gewährt werden soll. In den Augen von **VBV** bringen nicht Modularisierung, sondern digitale Lernpfade Flexibilität. **BZSoG** stellt fest, dass die Digitalisierung von den Jugendlichen nicht immer positiv aufgenommen wird. Betreffend Berufswahlprozess ist **BFSU** der Ansicht, dass die frühe Berufswahl überfordernd ist. **TAS** erachtet es als wichtig, erlebnispädagogische Formate und berufliche Optionen mit individuellen Werten zu verknüpfen. Aus Sicht **SRK** sind beim Berufsabschluss für Erwachsene Coaching, flexible Lernangebote sowie eine für Erwachsene angepasste Lohnstruktur erforderlich.

Tertiärer Bildungsbereich (3 Stellungnahmen)

AMS weist auf die Bedeutung von guter Kommunikation zu den verschiedenen Weiterbildungsmöglichkeiten hin. **ZbW** ist der Ansicht, dass die Berufsorientierung früher und praxisnäher erfolgen soll und dass Modularisierung und die Anerkennung von nicht-formal erworbenen Kompetenzen wesentlich für die Relevanz der Berufsbildung sind. **K-HF** schlägt vor, die Haltung der Jugendlichen, ihrer Eltern und weiterer Personen mit Einfluss auf die Jugendlichen zu untersuchen, um besseres Steuerungswissen zu den Einflussfaktoren für Laufbahnentscheide zu gewinnen.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Von Seiten BSLB werden verschiedene Massnahmen eingebracht: Aufwertung der Reputation der BGB bei Jugendlichen, Eltern und in der Öffentlichkeit durch Unterstützung von kantonalen Berufsmessen, SwissSkills, BSLB, Werbeaktionen und Medienkampagnen (**BSLB VS, PS**), Erhöhung der Anzahl Ferienwochen für Lernende (**BSLB ZH, PS**), Flexibilisierung der Bildungsangebote (**BSLB ZH, PS, LS**), Förderung des Austauschs durch Movetia (**PS**), finanzielle Unterstützung von Erwachsenen (**PS**), Stärkung der Allgemeinbildung (**PS**) sowie Einführung der Titelzusätze *Professional Bachelor* und *Professional Master* (**BSLB ZH**).

2.8.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (8 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Zentrales Thema für viele Arbeitgeber (**SAV, sgv, OdA BUG, KvR, scind, SDV**) ist der Berufswahlprozess. Dieser muss gestärkt werden. Jugendliche und ihre Eltern sollen aktiv über Alternativen zu vollschulischen Angeboten informiert werden. Zudem ist die Imagearbeit über Berufswege und Entwicklungsperspektiven zu stärken. Des Weiteren sollen Schnuppermöglichkeiten und Angebote in der Berufswahlorientierung nicht durch unangemessene Regelungen beim Gesundheitsschutz verhindert werden. Aus Sicht **SAV, sgv, OdA BUG, scind, KvR** benötigen Lehrpersonen zudem mehr Wissen zur Berufsbildung. Die PH sollen die Berufsbildung stärker in die Ausbildung der Lehrpersonen integrieren. Shadowing-Programme für Lehrpersonen können helfen, einen Einblick in die Realität der BGB zu geben. **SAV, sgv, OdA BUG, SDV, KvR** begrüßen zudem die Nutzerfinanzierung bei Hochschulen und Erasmus+ zur Förderung bewusster Bildungsentscheide. **H+** weist auch auf die Bedeutung von Entwicklungsperspektiven hin und stellt fest, dass unterschiedliche Ausbildungsstufen gegeneinander ausgespielt werden. **SAV, sgv, SDV, OdA BUG, KvR** weisen darauf hin, dass die Entwicklungen in Gymnasien, FMS, Volksschulen und Hochschulen ganzheitlich betrachtet und systemische Einflussfaktoren berücksichtigt werden sollen (z.B. Änderungen bei Eintritts- und Abschlussprüfungen, Ferienregelungen in schulischen Bildungsgängen, Auswirkungen der integrativen Schule). **SAV, sgv, OdA BUG, KvR** sehen zudem Bedarf an wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Einflüssen auf die Berufswahl sowie zur Wirkung von sozial(bildungs-)politischen Massnahmen wie z.B. die Wirkung von Mindestlöhnen auf die Abschlüsse. Zudem ist die Gewinnung von schulisch starken Jugendlichen für anspruchsvolle BGB und weiterführende Bildungswege wichtig. Auch **stec** unterstreicht, dass die BGB Talente benötigt und in der Lage ist, solche auszubilden. Für **SWI** ist die Flexibilisierung zentral. Die modulare Ausbildung soll konsequent angeboten und die Lehrdauer flexibilisiert werden. **BLS** ist der Ansicht, dass eine Tendenz besteht von zu hohen Eintrittshürden im Vergleich zum tatsächlichen berufsspezifischen Ausbildungsbedarf. **BU** ist der Ansicht, dass junge Schulabgängerinnen und -abgänger noch nicht reif sind und es die Aufgabe der Lehrbetriebe ist, sie zur Reife zu führen.

Arbeitnehmerverbände (6 Stellungnahmen)

Aus Sicht **SGB, TS, BCH** müssen die Erwartungen der jüngeren Generationen erfüllt werden. Es braucht faire Löhne (**KFMV, SGB**), Mindestlöhne (**SYNA**) und mehr Ferien für Lernende (**SGB, TS, SYNA, BCH, KFMV**). **TS** fordert den Verzicht auf Arbeitseinsätze von Lernenden abends und samstags und empfiehlt sechs Wochen Ferien oder ein degressives Modell. **TS** betont die Wichtigkeit einer verbundpartnerschaftlichen Vereinbarung. **SGB** plädiert für eine Erhöhung der Ferien, die mit einem degressiven Modell einhergeht und stellt die tägliche Höchstarbeitszeit für Minderjährige in Frage. **BCH** fordert die Modularisierung der BGB, wobei eine Leistungsnivellierung nach unten und somit ein Qualitätsverlust durch die Flexibilisierung vermieden werden muss. **SGB** erwähnt die Reform FUTURE-MEM als gutes Beispiel für die Modularisierung (breite Basisausbildung und danach Spezialisierungen).

Die Modularisierung soll eine vertikale Durchlässigkeit zwischen EBA und EFZ wie auch eine horizontale Durchlässigkeit zwischen verschiedenen BGB ermöglichen. **SYNA** sieht die BGB nicht als Ziel, sondern als Etappe. **KFMV** ist der Ansicht, dass die Gleichwertigkeit der Berufsbildung sichtbarer werden muss und die Entwicklungsperspektiven frühzeitig kommuniziert werden soll. Zudem sind gemäss **SYNA** die finanzielle Unterstützung für den Berufseinstieg und das lebenslange Lernen zu fördern. **BCH** schlägt vor, zu untersuchen, was es für die BGB bedeutet, dass viele Menschen den gelernten Beruf nach fünf Jahren verlassen. **traf** weist darauf hin, dass der Berufswahlprozess gestärkt werden soll und empfiehlt eine verstärkte Koordination zwischen Sek I-Stufe und den Brückenangeboten sowie eine bessere Positionierung der Brückenangebote in den Kantonen.

2.8.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (6 Stellungnahmen)

SAJV verweist auf die zentrale Bedeutung von Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und auf die Wichtigkeit der psychischen Gesundheit von Jugendlichen. In diesem Sinn fordert **SAJV** mehr Freizeit (Regulierung durch den Bund). Zudem soll für ausserschulische Jugendarbeit eine Vergütung in Betracht gezogen werden. **PrJu** wünscht sich u.a. Mitsprache bei Arbeitszeit- und Ferienregelungen. Neue Werte wie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Sinnstiftung und Gesundheit beeinflussen die Berufswahl. Flexible Modelle und modulare Bildungswege sind ebenfalls zu berücksichtigen.

EICH plädiert für mehr Forschung und Programme, welche die Rolle der Eltern bei der Bildungentscheidung ihrer Kinder untersuchen und stärken. **SSK** verweist hinsichtlich der Bedürfnisse von Lernenden auf eine eigene Studie aus dem Jahr 2023. **ZHAW** empfiehlt, den gesellschaftlichen Stellenwert der Berufsbildung zu analysieren und wo nötig gezielt zu steigern. **EHB** sieht als wichtigsten Ansatzpunkt eine hohe Ausbildungsqualität in Lehrbetrieb und Schule sowie gute Arbeitsbedingungen. **EHB** weist zudem darauf hin, dass Massnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der BGB negative Auswirkungen auf die Lehrbetriebe haben können (Abnahme des Nettonutzens der Ausbildung und Zunahme der administrativen Belastung) und empfiehlt dennoch eine massvolle Erhöhung der Ferientage und die Förderung der BM1, um Nachteile im Vergleich zu vollschulischen Alternativen teilweise auszugleichen.

2.9 Höhere Berufsbildung

Die Akteure betonen die grosse Bedeutung der höheren Berufsbildung für die berufliche Weiterentwicklung von Individuen auf Tertiärstufe und für die Deckung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft. Eine erfolgreiche Positionierung der HBB ist zentral. Dazu sind aus Sicht der Mehrheit der Akteure – nebst der aktuellen Gesetzesbotschaft – gezielte Kommunikationsmaßnahmen zur Bekanntmachung der höheren Berufsbildung erforderlich. Auch Verbesserungen im Bereich der Koordination mit den Hochschulen, der Digitalisierung und der Flexibilisierung werden diskutiert.

2.9.1 Bund

Keine Stellungnahme

Die Bundesämter (**BSV, EBGB, BAFU, SEM, SECO**) haben keine Bemerkungen zur höheren Berufsbildung.

2.9.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (18 Stellungnahmen)

Gemäss den kantonalen Konferenzen und Ämtern bewährt sich die HBB und hat eine wichtige Funktion auf der Tertiärstufe (**ZBK, CLPO, BB GL, BB NE, BB SO, BB UR, BB GE, BB AG, VoS Sz**). Laut **BB SG** sieht sich die HBB mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert wie Finanzierung der HF, Entwicklung der Absolvierendenzahlen und dem Engagement der Unternehmen. Die aktuelle Botschaft zur Stärkung der HBB geht in die richtige Richtung (**CLPO, BB SH, BB BE, BB NE, BB SO, BB GE, BB AG, BB ZH, VoS LU**). **BB BE** weist auf die Gefahr hin, dass die HF sich als FH zweiter Klasse entwickeln und Titelzusätze zu falschen Versprechungen führen könnten. Die HBB ist aus Sicht mehrerer kantonaler Stellen zu wenig bekannt. **BB TI** weist auf die Gefahr hin, dass Bildungsentscheide aufgrund von Prestigeüberlegungen getroffen werden. Mehrere kantonale Stellen halten fest, dass gezielter auf die HBB als solche sowie die Karrieremöglichkeiten, Lohnentwicklungen und Gleichwertigkeit auf Tertiärstufe aufmerksam zu machen ist. Dies hat bereits bei der Berufswahl und am Übergang I zu erfolgen (**CLPO, BB NE, BB BS**). Die neuen Titelbezeichnungen sind auf dem Arbeitsmarkt noch besser zu kommunizieren (**BB SH**). Es braucht für die Bekanntmachung der HBB eine nationale Kommunikationskampagne (**BB BL, BB TI, BB AG, VoS SZ**). **BB VD** schlägt eine Kartographie der HBB vor als Orientierungshilfe für Interessierte sowie für die Visibilität der HBB. **BB SH** erwähnt eine übergeordnete Steuerung. Schliesslich fordern einzelne kantonale Ämter eine Flexibilisierung der Angebote, bessere Anrechnungsmöglichkeiten und die weitere Verbesserung der Durchlässigkeit (**BB BL, BB GL**). **BB BL** schlägt gemeinsame Brückenangebote mit FH vor. **BB AG** und **Bi JU** weisen darauf hin, dass die HBB noch stärker zu positionieren ist bezüglich Spezialisierung nach einer BGB.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (6 Stellungnahmen)

KBSG begrüßt die Titelzusätze. **log** schätzt das Weiterbildungsangebot auf Tertiärstufe. **KSR** fordert, dass die Abschlüsse der HBB besser abgrenzen sind gegenüber den Weiterbildungsabschlüssen der FH (CAS, DAS und MAS). **TAS** beurteilt die HBB als starken, aber unterschätzten Bildungsweg. Sie muss bereits während der Berufswahl besser bekannt gemacht werden. **VBV** schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass die Berücksichtigung der HBB in Job-Profilen, bei Stellenausschreibungen und in Salärstrukturen untersucht wird.

Tertiärer Bildungsbereich (4 Stellungnahmen)

Die Positionierung, Kommunikation und Anerkennung der HBB ist zu verbessern. **ds** fordert dazu eine nationale HBB-Kommunikationsstrategie (ebenso **ZbW**), begrüßt die Titelzusätze und fordert eine gleichwertige Positionierung der HBB in der Bildungspolitik. **AMS** fordert eine Profilschärfung auf Tertiärstufe. **K-HF** will eine übergeordnete Steuerung einführen, um die Einhaltung der Profile zu überwachen. **K-HF** und **ZbW** machen auf den Zusammenhang zwischen BGB und HBB aufmerksam. **K-HF** sieht die BGB künftig stärker als Zwischenschritt zur Tertiärbildung. Dadurch sind breitere Profile auf Stufe BGB erforderlich. Die berufliche Spezialisierung ist Aufgabe der HBB. **ds** fordert eine bessere Durchlässigkeit auf Tertiärstufe. Vorschläge dazu sind die Harmonisierung der Anrechnungspraktiken HBB und FH, Kooperationsprogramme HF und FH sowie die Integration von nicht-formalen Angeboten (CAS, DAS und MAS) in die Strukturen der HBB. **K-HF** und **ds** fordern eine höhere Geschwindigkeit bei

der Angebotsentwicklung. Es braucht dazu mehr prospektives Steuerungswissen, antizipative Prozesse und agile Anpassungsmechanismen. **ds** fordert ein nationales Programm zur Modularisierung von HBB-Bildungsgängen und einen nationalen Rahmen zur Anerkennung von Microcredentials. Weiter fordert **ds** ein Impulsprogramm *Digital HBB* zur Förderung von z.B. digitalen Lernformaten und dem Aufbau einer Open-Source Plattform. **K-HF** begrüßt die Orientierung der Berufsbildung am Arbeitsmarkt. Um gegenüber den allgemeinbildenden Schulen bestehen zu können, müssen jedoch auch die Interessen der Jugendlichen und Eltern berücksichtigt werden.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die Akteure der BSLB weisen auf die Bekanntheit und das Image der HBB hin. **BSLB ZH** und **PS** begrüßen die Titelzusätze und fordern, bereits während der Berufswahl auf die HBB hinzuweisen. **LS** und **PS** fordern eine stärkere gesetzliche Verankerung der HBB. **LS** schlägt ein Berufsbildungshochschulgesetz vor. **BSLB VS** weist darauf hin, dass alle Arten von beruflicher Weiterbildung aufzuwerten und zu fördern sind. **LS** fordert eine bessere Koordination auf nationaler Ebene zwischen HBB und FH, um Komplementarität und Passerellen zu verbessern.

2.9.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (8 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Die HBB hat einen hohen Stellenwert für das berufliche Fortkommen der Individuen und für den Fachkräftebedarf der Wirtschaft (**SAV, sgv, OdA BG, BU, KvR**). Die HBB ist zu wenig bekannt. Es braucht mehr Aufklärung für Lehrpersonen, Eltern und kantonale Stellen über Lohnentwicklungen und Karrieremöglichkeiten in der Berufsbildung sowie Veranschaulichung z.B. mittels Porträts. Gemäss **SAV, sgv, OdA BUG, scind, KvR** können davon auch internationale Firmen profitieren. **SDV** weist darauf hin, dass Sichtbarkeit, Durchlässigkeit und Anerkennung der HF-Bildungsgänge zu stärken sind. **H+** fordert, insbesondere die eidgenössischen Prüfungen bekannter zu machen. **SAV, sgv, OdA BUG, KvR** fordern ein klares Bekenntnis zur HBB und eine klare Positionierung, auch seitens der Hochschulen. Dazu bedarf es einer Klärung der Rollen auf Tertiärstufe. Ebenso sind Ungleichgewichte (Zugang, Finanzierung etc.) zu überprüfen und aufeinander abzustimmen. **H+** macht auf die Zunahme hochschulischer Weiterbildungen aufmerksam. **OSB** weist auf Überschneidungen bei BGB und HBB hin. Die FH sollen sich gezielter auf BM-Absolventinnen und -Absolventen ausrichten (**SAV, sgv, OdA BUG, KvR**). Angebote der HBB als direkte Anschlussmöglichkeiten nach einem EFZ sind bewusst zu fördern, u.a. mit Titelzusätzen und nationaler Kommunikationskampagne (**SAV, SGV, OdA BUG, scind, KvR**). **stec** erachtet die Titelzusätze für die eigene Branche als nicht relevant. **SWI** weist darauf hin, dass bei Titelzusätzen sichergestellt sein muss, dass es zu keinen Ungleichbehandlungen innerhalb der HBB kommt (keine andere Praxis für HF). Aus Sicht von **BLS** fragt es sich, wie sinnvoll eine Bündelung von Kompetenzen zu eidgenössischen Abschlüssen künftig ist. In der Praxis entscheiden spezifische Fähigkeiten bei einer Stellenbesetzung. Es braucht eine bewusste Karriereförderung von HBB-Absolvierenden in Wirtschaft und Verwaltung (**SAV, sgv, OdA BUG, KvR**).

Arbeitnehmerverbände (6 Stellungnahmen)

Aus Sicht **TS** und **traf** ist die HBB unterbewertet. Sie schlagen eine spezifische gesetzliche Grundlage vor. Eine bessere strukturelle Verankerung wird auch von **KFMV** vorgeschlagen. **KFMV** fordert zudem eine Beschleunigung der Revisionsprozesse sowie eine Anpassung an digitale und flexible Lernformate. Eine flexiblere Gestaltung von Bildungsangeboten (Modularisierung, Abendkurse, verschiedene Formen von Unterricht) ist auch die Forderung von **SYNA**. **BCH** erwähnt, dass eine stimmige Selektion dazu beiträgt, unnötige Bildungswege zu vermeiden. Aus Sicht **BCH** braucht es mehr Promotion für die HBB. **TS, traf** fordern auf nationaler Ebene eine bessere Koordination zwischen HBB und FH (Passerellen, Anrechnung). Auch **KFMV** weist auf die Zusammenarbeit mit den FH im Bereich Anrechnung und Kooperation hin. Gemäss **TS, traf** müssen aus Sicht der Gleichbehandlung der Bildungswege auf Tertiärstufe die finanziellen Bedingungen und Stipendien für Zugang zur HBB an Hochschulen angeglichen werden. **KFMV, TS, traf** begrüßen die Titelzusätze. **TS, traf** weisen zudem darauf hin, dass bereits bei der Berufswahl (Übergang I) auf die HBB hinzuweisen ist. **SGB** bemängelt die aktuelle Gesetzesbotschaft zur Stärkung der HBB. Ein Signaling reicht nicht aus, es braucht gleichzeitig materielle Verbesserungen (Transparenz, klare Wertigkeit und internationale Vergleichbarkeit) sowie Verbesserungen im

Bereich Anrechenbarkeit der HBB-Abschlüsse an ein Hochschulstudium. Im Weiteren hat **SGB** Vorbehalte gegen die subjektorientierte Finanzierung für vorbereitende Kurse. Diese hat die direkte finanzielle Belastung der Teilnehmenden nur teilweise verringert und bei der Mehrheit der Teilnehmenden ohne Arbeitgeber-Beteiligung sogar zu einer stärkeren finanziellen Belastung geführt. **SGB** fordert, dass Bundesgelder nur geltend gemacht werden können, wenn sie mit einer entsprechenden Arbeitgeber-Beteiligung in der gleichen Höhe einher gehen.

2.9.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (5 Stellungnahmen)

SSK, PrJu begrüssen die Titelzusätze. Für **SAJV** ist es wichtig, dass die Jugendlichen bei der Berufswahl ausreichend Zeit haben. Die Übergänge in die Tertiärstufe ermöglichen es, frühere Bildungentscheide bei Bedarf anpassen zu können. **PrJu** schlägt vor, bereits bei der Berufswahl auf die HBB hinzuweisen. **ZHAW** weist auf den hohen Stellenwert der HBB hin, jedoch mangelt es der HBB an Visibilität. **EHB** begrüßt die laufenden Massnahmen zur Steigerung der Bekanntheit, Sichtbarkeit und zum Ansehen der HBB. Die Durchlässigkeit zwischen HBB und Hochschulen ist weiterzuentwickeln.

2.10 Rahmenbedingungen

Die Akteure sehen die Verbundpartnerschaft als zentrales Element des Berufsbildungssystems. Die Gremienstruktur wird grundsätzlich positiv bewertet, verschiedene Akteure sehen Potenzial für effizientere Entscheidungsfindungsprozesse. Geschätzt wird, dass das BBG flexible, berufsspezifische und regionale Anpassungen ermöglicht. Bildungsangebote sollen flexibler und agiler werden und die Durchlässigkeit verbessert werden. Viele Akteure weisen auf administrative Hürden, steigende Kosten und die hohe Komplexität des Systems hin. Auch bei der Digitalisierung wird Verbesserungspotenzial gesehen. Verschiedene Akteure betonen zudem die zentrale Rolle von Lehrbetrieben und Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern für die Ausbildungsqualität und fordern deren Stärkung und ein ausgewogenes Kosten-Nutzen-Verhältnis.

2.10.1 Bund

2 Stellungnahmen

EBGB betont die Wichtigkeit beruflicher Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Deren Potenzial wird oft unterschätzt oder gebremst. **SEM** fordert im Hinblick auf die Chancengerechtigkeit die Förderung von Teilzeitlehren, um Personen eine Chance zu geben, die anderweitig keine Ausbildung in Angriff nehmen können. Zudem verlangt **SEM** die Stärkung des Berufsabschlusses für Erwachsene, der insbesondere für migrierte Personen von grosser Bedeutung sein kann.

2.10.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (2 Stellungnahmen) und Ämter (20 Stellungnahmen)

Gemäss **ZBK** und **BB UR** ist das Berufsbildungssystem gut aufgestellt, aber kostenintensiv. Die Politisierung der Berufsbildung untergräbt laut **ZBK**, **BB UR**, **VoS LU** die erfolgreiche Verbundpartnerschaft. **ZBK**, **BB UR** erachten Projekte auf nationaler Ebene als schwerfällig. Wenn nationale Projekte ineffizient sind, sollen sie aus Sicht **ZBK**, **BB UR**, **VoS LU** abgebrochen werden. **CLPO**, **BB NE**, **VoS SZ** wünschen einen Bürokratieabbau. **VoS** ist der Ansicht, dass eine Vereinfachung des Systems notwendig ist, indem gewisse Themen nicht koordiniert, sondern den Kantonen überlassen werden. Lehrbetriebe sind aus Sicht von **CLPO**, **BB NE** wichtig und müssen ihre Rolle als Begleitende der Lernenden stärker wahrnehmen. Ihrer Ansicht nach muss den Bedürfnissen der Lernenden besser Rechnung getragen werden. Dies auch, um das Vertrauen der Familien zu gewinnen, die eher auf vollschulische Ausbildungen setzen. **CLPO**, **BB NE** sehen in der Digitalisierung und dem damit einhergehenden Anstieg von digitalen Plattformen eine zentrale Herausforderung. Aus Sicht von **BB BL**, **BB BS** ist die Datenerhebung teilweise fragmentiert. **BB BL** fordert daher eine systematische Kooperation, eine einheitliche Datenbasis und den Ausbau digitaler Schnittstellen. **BB BS** schlägt bundesweite digitale Lösungen vor. Nach Ansicht von **CLPO**, **BB NE** wirft die Aufteilung der kantonalen Pauschalbeiträge Fragen auf. Ältere Analysen zu BBG Art. 56 und 59 sind zu aktualisieren. Im Grundlagenbericht fehlt gemäss **CLPO**, **BB NE** das Thema Durchlässigkeit der Funktionen von Lehrpersonen zwischen Volkschule und Sek II-Stufe sowie Berufsbildungsverantwortliche. **CLPO**, **BB NE**, **BB GE**, **BB BL** fordern, dass regionalen Unterschieden stärker Rechnung getragen wird. **BB GE** weist darauf hin, dass in Genf die Durchlässigkeit EBA-EFZ wichtig ist und die Übergänge zu erleichtern sind. **CLPO**, **BB NE** möchten, dass die lateinische Schweiz als gleichwertiger Partner angesehen und nicht im Vergleich zur Deutschschweiz betrachtet wird. **BB ZH** stimmt dem Grundlagendokument zu. Gemäss verschiedenen Ämtern fordert die finanzielle Belastung von Lehrbetrieben die Verbundpartner, insbesondere die Kantone (**BB SH**, **BB BL**, **BB TI**). Mehrere Ämter betonen, dass die Verbundpartnerschaft und die Gremienstruktur die Berufsbildung stärken (**BB BL**, **BB BS**, **BB AG**, **BB GL**, **VoS LU**). **BB TI** weist auf die Bedeutung einer effizienten und inklusiven Governance hin. Von **BB SO** wird eine stärkere Einbindung schulischer Konferenzen in nationale Gremien gewünscht. **BB BE** fordert eine Gesamtsicht der Abhängigkeiten zwischen den Akteuren, bevor weitere Austauschgremien geschaffen werden.

BB SO hebt die Schlüsselrolle der Kantone im Berufsentwicklungsprozess hervor und ist der Ansicht, dass die Argumente der Kantone im Berufsentwicklungsprozess besser berücksichtigt werden sollen. **BB GR** vertritt die Ansicht, dass im Berufsentwicklungsprozess die OdA die Lehrbetriebe besser einbeziehen sollen. Laut **BB AG** soll im Prozess noch besser auf die Umsetzbarkeit an den drei Lernorten geachtet werden und der Pilotierung sowie Praxistests mehr Gewicht gegeben werden. **BB VD**, **BB SO** beobachten eine Spezialisierung bei den Berufen. Laut **BB SO** führt dies nicht nur zu einer Erschwerung

der Berufswahl, sondern auch zu überladenen Bildungsverordnungen und höheren Kosten. **BB VD** ist der Ansicht, dass die Bildungspläne und -verordnungen zu wenig anpassungsfähig sind. **BB BL** fordert das Onboarding von neuen (internationalen) Unternehmen als Lehrbetriebe, eine Ausschöpfung der Flexibilität des Berufsbildungsgesetzes sowie eine systemische Evaluation von Projekten. **BB BE** schlägt eine nationale Steuerung der BSLB vor und bemängelt, dass die BSLB in der TBBK und bei den Dialogforen nicht vertreten ist. **BB SH** wünscht einen gesamtschweizerischen Berufsbildungsfonds, **BB SG** ein Folgeprogramm von *Berufsbildung 2030* und **BB GL** verweist auf die Rolle von Bund und Kantonen als Vertretungen der Bevölkerung. **VoS SZ** unterstreicht die Wichtigkeit einer Flexibilisierung der Bildungsangebote für die Laufbahngestaltung und einer Anpassung der Berufsentwicklung an Megatrends wie Digitalisierung, KI und Nachhaltigkeit. **Bi JU** betont, dass die Betriebe wichtige Partner bei der Anpassung der Rahmenbedingungen sind und dass den Unterschieden zwischen BGB und HBB Rechnung zu tragen ist.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (7 Stellungnahmen)

Die Bildungsinstitutionen fordern Bürokratieabbau (**BZSoG, KSR**) sowie einen geringeren Aufwand bei Revisionen (**KSR**). **log** wünscht sich mehr Flexibilität bei der Berufsentwicklung, da die Rahmenbedingungen eng sind. **VBV, TAS** fordern mehr Raum für Innovation. Letztere schlagen zudem praxisnahe Formate für Jugendliche in Schule und Wirtschaft vor. In den Augen von **VBV** stösst die kooperative Governance an ihre Grenzen. **VBV** fordert klare Zuständigkeiten. **KSR** unterstreicht die Wichtigkeit der Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen und Schulleitungen zu gesellschaftlichem Wandel. **CFPA** ist der Ansicht, dass die OdA der künstlerischen Berufe zu wenig Gewicht haben. **BZSoG** vertritt die Ansicht, dass die zunehmenden Belastungen, die mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, zu einem enormen Mehraufwand für Lehrpersonen und zu einem Imageverlust des Lehrberufs führen. **gibb** sieht grossen Handlungsbedarf.

Tertiärer Bildungsbereich (4 Stellungnahmen)

AMS betont die Wichtigkeit der Durchlässigkeit und der Förderung des lebenslangen Lernens und verlangt eine weitere Harmonisierung der Schnittstellen zwischen den Bildungsstufen. **ds** sieht die Rolle der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner als zentral. Sie soll durch Weiterbildungspflichten und strukturelle Unterstützung gestärkt werden und es soll einen gesetzlich verankerten Überprüfungsrythmus für Ausbildungsbewilligung geben. Gemäss **ZbW** hemmt die Regulierungsdichte Innovation und Flexibilität, zudem soll das Schwergewicht auf der Bildungsqualität, Anschlussfähigkeit und Arbeitsmarktorientierung liegen. (Internationale) Unternehmen sollen besser in die Berufsbildung integriert werden (**ZbW**). **K-HF** fordert, dass berufsbildende Schulen in die Verbundpartnerschaft und die Hochschulpolitik aufgenommen werden.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (3 Stellungnahmen)

BSLB VS unterstreicht, dass die Berufsbildung politisch aufgewertet werden soll und schlägt zudem vor, das Konzept der Laufbahngestaltungskompetenzen der SK BSLB zu implementieren sowie die Akteure dafür zu sensibilisieren. **LS** und **PS** stellen fest, dass die Governance gut funktioniert. Als positives Beispiel nennt **PS** das verbundpartnerschaftliche Commitment zu Berufswahlprozess und Lehrstellenbesetzung. Optimierungsbedarf besteht laut **LS** bei der Klärung von Zuständigkeiten, beim Bürokratieabbau und bei der Priorisierung von Digitalisierungsthemen. **PS** schlägt vor, die EDK noch stärker als BSLB-Vertretung in Governance-Strukturen einzubinden.

2.10.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (9 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

SAV, sgv, scind, OdA BUG, KvR sehen die Verbundpartnerschaft als zentrales Element des Berufsbildungssystems. **SWI** erwähnt, dass die Berufsentwicklung gut funktioniert, aber noch besser werden muss. **stec** ist der Ansicht, dass es falsch ist, BGB am akademischen Weg zu messen, was die Löhne anbelangt. **SAV, sgv, scind, OdA BUG, KvR** unterstreichen die Flexibilität des Berufsbildungsgesetzes für berufsspezifische und regionale Lösungen. Sie betonen, dass branchenübergreifende Regelungen für die Arbeitgeber einengend sind. Die Gremienstruktur begrüssen sie, Optimierungen müssen laufend vorgenommen werden. Der Kostendruck auf die Berufsbildung und insbesondere auch in der Berufsentwicklung ist ihrer Ansicht nach spürbar und sie weisen darauf hin, dass die duale Berufsbildung die

öffentliche Hand deutlich weniger kostet als vollschulische Modelle. Die duale Berufsbildung soll auch finanziell gestärkt werden (**H+**, **SDV**, **VSBS**). Um die Verbundpartnerschaft zu stärken, schlagen **SAV** und **sgv** vor, die Rückbindung sicherzustellen, die Kompromissbereitschaft zu stärken und starke Entscheidungsstrukturen seitens der öffentlichen Hand zu schaffen. Ebenfalls zentral ist die Reformfähigkeit der Ausbildungen und ausgeglichene Kosten. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist entscheidend für das Berufsbildungs-System. **BLS** fordert eine bessere Kommunikation, eine Vereinheitlichung der digitalen Tools sowie einen Bürokratieabbau. **BU** betont, dass es wichtig ist, in die Jugend zu investieren und die Berufe zu stärken. **SDV** sieht in der steigenden Komplexität eine wachsende Herausforderung für kleine und mittlere Betriebe und fordert einen Bürokratieabbau. **VSBS** sieht eine Ungleichbehandlung einzelner Berufsgruppen und fordert einen finanziellen Ausgleich durch Bund und Kantone. Gemäss **OSB** wird die Berufsbildung gegenüber den Hochschulausbildungen finanziell benachteiligt.

Arbeitnehmerverbände (5 Stellungnahmen)

TS und **BCH** beurteilen die Rahmenbedingungen und die Gremienstruktur als positiv. **BCH** sieht jedoch Verbesserungsbedarf beim Informationsfluss in der Governance und schlägt vor, Schulen und Lehrerverbände in die Verbundpartnerschaft einzubeziehen. Auch **SGB** begrüßt die neue Gremienstruktur grundsätzlich, beurteilt sie jedoch als arbeitgeberzentriert. Gemäss **SGB** kommen die Anliegen der Arbeitnehmenden zu kurz und es besteht eine Nähe zwischen Arbeitgebern und staatlichen Institutionen. Der Vorsitz der TBBK soll aus Sicht **SGB** eine neutralere und mehr moderierende Rolle einnehmen. **SGB** fordert zudem eine bessere Thematisierung der Verbund- und Sozialpartnerschaft in der Berufsbildung sowie Zugang zu den Berufsfachschulen, um Informations- und Sensibilisierungsarbeit leisten zu können. Gemäss **SGB** ist zudem die IIZ auszubauen, um Querschnittsthemen voranzubringen. Beim Berufsabschluss für Erwachsene sieht **SGB** Hürden durch hohe indirekte Bildungskosten, ebenso bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (schlecht entlohnte Praktika bzw. Ausgleichsmassnahmen). Zudem beurteilt **SGB** die hohe Anzahl BGB sowie die Spezialisierungen in der BGB als kritisch, da ineffizient. **SGB** spricht sich für eine Organisation der BGB in Berufsfelder aus, da dies zu einer Qualitätssteigerung in der Berufsentwicklung führt. Zudem braucht es aus Sicht **SGB** eine gezielte Weiterbildung für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und finanzielle Unterstützung von grösseren Betrieben, die für kleinere ausbilden. **KFMV** erachtet die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie die Ausbildungsbewilligungen als zentral für die Ausbildungsqualität. **KFMV** schlägt einen gesetzlich verankerten Überprüfungsrythmus für Ausbildungsbewilligungen und ein Weiterbildungsobligatorium für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner vor. Die Rolle letzterer ist durch kommunikative, strukturelle und finanzielle Massnahmen zu stärken. Gemäss **BCH** ermöglicht die Flexibilität des Berufsbildungsgesetzes regionale Lösungen. Die Lernortkooperation ist jedoch zu wenig systematisiert und die Lehrerverbände und Schulen werden nicht genügend in den Berufsentwicklungsprozess miteinbezogen. **BCH** schlägt die Wirkungsmessung von Neuerungen im Berufsbildungsgesetz vor. Zudem gilt es insbesondere beim Datenaustausch Doppelbelastungen zu vermeiden. **SYNA** erachtet die Anerkennung von systemfremden Qualifikationen als schwierig und wünscht eine Verbesserung bei den Anerkennungsmöglichkeiten.

2.10.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (3 Stellungnahmen)

EICH merkt an, dass die Anerkennung und Integration von Elternbildungsangeboten als Bestandteil der strukturellen Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt wird. **PrJu** weist darauf hin, dass das Entlastungspaket 2027 die Berufsbildungsausgaben gefährdet. Direkt betroffen sind die Jugendlichen, aber auch Kantone und Betriebe. **EHB** fordert den Einsatz einer Vertretung der Berufsbildungsforschung in der TBBK.

2.11 Priorisierung der Betrachtungsfelder

74 Akteure haben eine Priorisierung der Betrachtungsfelder vorgenommen. Über all diese Stellungnahmen hinweg am höchsten priorisiert sind die Betrachtungsfelder Qualität der Bildung und Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Bei der Mehrheit liegen diese beiden Betrachtungsfelder auf einem der ersten drei Plätze. Am niedrigsten priorisiert haben die meisten Akteure die Betrachtungsfelder HBB sowie Rahmenbedingungen.

2.11.1 Bund

4 Stellungnahmen

Die meisten Bundesämter erachten Qualität der Bildung als eines der drei wichtigsten Themen. Ebenfalls hoch priorisiert werden von den meisten Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen, Zugang zur Berufsbildung ermöglichen und Rahmenbedingungen. Weniger Gewicht erhalten Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen sowie HBB.

Bemerkungen:

BSV erachtet das Thema *Ermöglichung des Zugangs zur Berufsbildung* als prioritär. **EBGB** sieht diejenigen Bereiche als zentral, in denen die Herausforderungen im Hinblick auf die Inklusion am grössten sind. **SECO** hat *Rahmenbedingungen* am höchsten priorisiert, weil diese die Grundlage für die Entwicklung aller anderen Themen bilden.

2.11.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (1 Stellungnahme) und Ämter (24 Stellungnahmen)

Von den kantonalen Konferenzen und Ämtern setzt die Mehrheit die Betrachtungsfelder *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen* sowie *Qualität der Bildung* auf einen der ersten drei Plätze. Am tiefsten priorisiert die Mehrheit die *Rahmenbedingungen* und die *Nahtstelle II*.

Bemerkungen:

BB SH verweist auf die Notwendigkeit, die Bedürfnisse der Zielgruppen zu kennen, um die richtigen Massnahmen zu ergreifen. **BB SH** betont die Wichtigkeit der Lehrbetriebe und fordert dazu auf, in deren Ausbildungsbereitschaft zu investieren sowie den Zugang zur Berufsbildung zu erleichtern und das Fachkräftepotenzial noch besser auszuschöpfen. **Mis TG** verweist auf die Schwierigkeit einer Priorisierung, da alle Massnahmen wichtig sind. **VoS FR** fordert, je nach Beruf die Arbeitszeiten der Lernenden so anzupassen, so dass genügend Zeit für die Weiterentwicklung zur Verfügung steht. Aus Sicht **VoS FR** ist eine zu starke Regulierung zu vermeiden, damit auch kleine Betriebe weiterhin die Möglichkeit haben, Lernende auszubilden. Gemäss **VoS SZ** hängt die Attraktivität der Berufsbildung wesentlich davon ab, wie gut sie den Erwartungen und Interessen der Jugendlichen und Erwachsenen entspricht. Frühzeitige Berufsorientierung, moderne Berufsbilder sowie eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung bestimmter Berufsgruppen sind in den Augen von **VoS SZ** entscheidend.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (13 Stellungnahmen)

Die Mehrheit der Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe priorisiert die Themen *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen*, *Qualität der Bildung* sowie *Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen*. Am tiefsten priorisiert die deutliche Mehrheit dieser Bildungsinstitutionen die Betrachtungsfelder *HBB*, *Nahtstelle II* und *BM*.

Bemerkungen:

BFSU betont die Wichtigkeit des Themas *Qualität der Bildung*. Die Qualität wirkt sich auf alle anderen Bereiche aus. Für **TAS** stellt sich die Frage, wo durch gezielte, erlebnisorientierte Berufsorientierung der grösste Unterschied für Jugendliche, Betriebe und das Bildungssystem gemacht werden kann. **VBV** sieht eine hohe Hebelwirkung über systemische Elemente, z.B. klare Zuständigkeiten bei den üK. Für **aBi** sind *Rahmenbedingungen* und *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen* für eine attraktive Berufsbildung am wichtigsten.

Tertiärer Bildungsbereich (4 Stellungnahmen)

Zwei der vier Akteure aus dem tertiären Bildungsbereich priorisieren die Betrachtungsfelder *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen, Qualität der Bildung, Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen* sowie *HBB*. Für eine Mehrheit sind *Nahstelle I* und *BM* am wenigsten prioritätär.

Bemerkungen:

Bei **ZbW** erfolgt die Gewichtung gemäss interner Absprache. **AMS** priorisiert die Betrachtungsfelder primär aus Sicht der Weiterentwicklung der Durchlässigkeit, der Qualität und der Anschlussfähigkeit im Bildungssystem. Die Gestaltung der Übergänge in die Tertiärstufe sowie die klare Positionierung und Sichtbarkeit der unterschiedlichen Bildungswege sind aus Sicht **AMS** entscheidend für die Attraktivität der Berufsbildung. Die **BM** ist ein zentrales Instrument zur Stärkung der Durchlässigkeit. **AMS** sieht die Notwendigkeit, bei der Weiterentwicklung der **HBB** und bei der Kommunikation gegenüber Jugendlichen und Erwachsenen stärker auf transparente Profile und differenzierte Bildungswege zu achten. Die übrigen Betrachtungsfelder (*Qualität der Bildung, Zugang zur Berufsbildung, Rahmenbedingungen*) unterstützen diesen Ansatz und sind wichtige Querschnittsthemen. Für **K-HF** ist für die Attraktivität der Berufsbildung ihre Qualität entscheidend. Zentral sind die Arbeitsmarktbedürfnisse sowie die Bedürfnisse der Studierenden. **K-HF** bemängelt, dass aufgrund schlechterer Rahmenbedingungen die (höhere) Berufsbildung im Vergleich zur Allgemein- und Hochschulbildung für die Absolvierenden teurer ist und in der Angebotsausgestaltung für die berufliche Praxis und die Schulen aufwändiger und langsamer. Daraus resultieren Attraktivitätsdefizite am Markt, welche zusammen mit dem geringeren gesellschaftlichen Prestige von Berufsbildung bei den Jugendlichen und ihren Eltern zu Laufbahnentscheiden zugunsten der Allgemein- und Hochschulbildung führen.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (4 Stellungnahmen)

Die Akteure der BSLB priorisieren mit grosser Mehrheit die Themen *Qualität der Bildung* sowie *Zugang zur Berufsbildung ermöglichen*. Ebenfalls eine Mehrheit gibt den *Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen* wenig Gewicht. Auch die Betrachtungsfelder *BM* und *Rahmenbedingungen* werden mehrheitlich tief priorisiert.

Bemerkungen:

Für **LS** sind der Zugang und die Beratung für benachteiligte Gruppen entscheidend für die Chancengerechtigkeit. Deshalb sollen gemäss **LS** schweizweit kostenlose und niederschwellig zugängliche Beratungsdienstleistungen für benachteiligte Zielgruppen gefördert werden.

2.11.3 Wirtschaft

Von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die eine Priorisierung vorgenommen haben, setzt die grosse Mehrheit (10 von 13) *Qualität der Bildung* auf einen der vordersten drei Plätze. Am Schluss der Prioritätenliste finden sich bei der grossen Mehrheit (75%) das Thema *Rahmenbedingungen* (jeweils auf einem der beiden letzten Ränge).

Arbeitgeberverbände (9 + 1 Stellungnahmen) und Betriebe (3 Stellungnahmen)

Vier Arbeitgeberverbände haben eine Priorisierung vorgenommen (siehe Bemerkungen unten). Für eine Mehrheit von ihnen hat das Thema *Qualität der Bildung* sowie *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen* hohe Priorität. Am tiefsten priorisieren die Arbeitgeber mehrheitlich *Rahmenbedingungen* und *Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen*. Für **OSB** die höchste Priorität haben *Rahmenbedingungen*, gefolgt von *Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen* und *Qualität der Bildung*. Die niedrigste Priorität hat *Nahstelle I*.

Bemerkungen:

SAV und **sgv**, die Dachverbände der Arbeitgeber, verzichten explizit auf eine Priorisierung. Dasselbe gilt für **OdA BUG**, **H+** sowie **SWI** und **KvR**. **SAV** und **sgv** erklären dazu, dass eine Priorisierung nicht zielführend ist, weil die Beurteilungen aufgrund der unterschiedlichen Ebenen (branchenspezifisch oder übergeordnet) und Zuständigkeiten unterschiedlich ausfallen würden. Für **H+** sind die Themen zu divers sind und alle Themen wichtig. **SWI** hält fest, dass eine Priorisierung unverhältnismässig wäre. Für **SWI** sind alle Betrachtungsfelder gleichermaßen zu priorisieren, da überall wichtige Anpassungen anstehen

und die einzelnen Betrachtungsfelder voneinander abhängig sind. Eine Priorisierung nach Betrachtungsfeldern schätzen auch **Oda BUG** und **scind** nicht als zielführend ein, denn die Berufsbildung ist ein Gesamtsystem und jedes Element wichtig. **SDV** unterstreicht die Wichtigkeit der Sicherung der Qualität und die Anerkennung der HBB als gleichwertige, attraktive Laufbahn. Zudem sind für **SDV** die Ausbildungsbereitschaft, die Durchlässigkeit und der Zugang zur Berufsbildung weitere Schlüsselfaktoren für den Beruf Drogistin/Drogist. Für **BLS** erscheint eine geeignete Ausgewogenheit der Betrachtungsfelder sinnvoll.

Arbeitnehmerverbände (5 Stellungnahmen)

Die Mehrheit der Arbeitnehmerverbände sieht die höchste Priorität bei *Qualität der Bildung, Zugang zur Berufsbildung und Nahtstelle I*. Am tiefsten priorisieren die meisten Arbeitnehmerverbände *Nahtstelle II* sowie *Rahmenbedingungen* (Ränge 8 und 9).

Bemerkungen:

SGB hält fest, dass der wichtigste Hebel für die Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung die Sicherstellung der betrieblichen Ausbildungsqualität ist. Der **SGB** erachtet es als angebracht, verpflichtende Qualitätssicherungsmassnahmen sowie regelmässige Kontrollen einzuführen. **BCH** gewichtet nach Wirkung und Dringlichkeit.

2.11.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (7 Stellungnahmen)

Die Priorisierungen der weiteren Akteure fallen divers aus. Insbesondere priorisiert werden die Themen *Präferenzen der Jugendlichen und Erwachsenen, Zugang zur Berufsbildung sowie Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen*

Bemerkungen:

EHB unterstreicht die Bedeutung einer koordinierten Steuerung zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung an der Nahtstelle I, um Bildungschancen zu schaffen und die Balance zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wahren. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist gemäss **EHB** Lehrstellenförderung angezeigt. **EHB** erachtet die Ausbildungsqualität in Schule und Betrieb für die Attraktivität der Berufsbildung als zentral. Berufsbildnerinnen und Berufsbildner spielen für die EHB eine entscheidende Rolle und sollen gestärkt werden. Zudem fordert **EHB** die Förderung der BM in weiteren Berufen, um die Perspektiven in der Berufsbildung zu gewährleisten.

2.12 Bemerkungen

Verschiedene Akteure haben die Möglichkeit genutzt, weitere Bemerkungen anzufügen. Diese beziehen sich auf unterschiedliche Themen, die unten aufgeführt sind.

2.12.1 Bund

3 Stellungnahmen

SECO und **SEM** weisen auf die Bedeutung der Berufsbildung für die Integration in den Arbeitsmarkt hin. **SECO** begrüßt die Bemühungen, die Bildungslandschaft zu modularisieren und noch flexibler zu gestalten sowie die Förderung von Bildungsangeboten für Erwachsene zu verstärken, die von der ALV zur Unterstützung von Stellensuchenden genutzt werden können. **SECO** weist auf die Idee eines EFZ als Kompetenzpass hin. Die ALV unterstützt die im Grundlagenbericht [Anmerkung SBF: Zusammenfassung Verbundpartnertagung] erwähnte Idee einer Neuausrichtung auf allgemeine Kompetenzen im Rahmen des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses. Spezialisierungen können so zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden. Synergien zwischen verwandten Berufen und Branchen gilt es zu nutzen und berufsübergreifende Mobilität zu fördern. Das Potenzial dieser Idee ist durch Studien und Bestandsaufnahmen zu evaluieren. Schliesslich begrüßt **SECO** die Entwicklung und Förderung von niederschwelligen Angeboten der Berufsbildung sowie die verstärkte Koordination dieser Angebote, um gering qualifizierte Personen bestmöglich zu unterstützen. **EBGB** wünscht weitere Ausführungen zur Komplexität der Digitalisierung.

2.12.2 Bildungsbereich

Kantonale Konferenzen (1 Stellungnahmen) und Ämter (4 Stellungnahmen)

CLPO und **BB NE** weisen darauf hin, dass die Weiterentwicklung unter dem Blickwinkel der finanziellen Mittel, dem Funktionieren der Verbundpartnerschaft und den gesetzlichen Rahmenbedingungen (BBG aus dem Jahr 2004) betrachtet werden muss. Auch **BB SO** weist darauf hin, dass die Weiterentwicklung zu höheren Kosten bei den Kantonen führen kann. Diese sind durch eine Erhöhung des Bundesanteils zu kompensieren. **BB TI** stellt fest, dass von den OdA gewünschte Spezialisierungen bei Berufen zu Komplexität und Verwaltungsaufwand bei den Kantonen führen. **BB ZH** schlägt vor, den aus veralteten Begriff *Lehre* zu ändern.

Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe (5 Stellungnahmen)

Aus Sicht **BZSoG** fehlt beim KV und Detailhandel eine Reflexion über Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit der Reformen. **TAS** schlägt vor, Praxisinitiativen wie erlebnisorientierte Berufsbildung sichtbarer zu machen. Gemäss **VBV** ist zu prüfen, wie systemisch klarere Zuständigkeiten geschaffen werden können, um dezentrale Entwicklungen zu begünstigen. **SRK** unterstreicht die Bedeutung des Berufsabschlusses für Erwachsene. Die Berufsbildung soll vermehrt auch diese Zielgruppe erreichen. **PRE** ist der Auffassung, dass aufgrund der schulisch geprägten Führungskultur in der Westschweiz die Attraktivität der Berufsbildung in der Romandie geringer ist.

Tertiärer Bildungsbereich (1 Stellungnahme)

AMS ist der Meinung, dass die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und tertiärer Bildung eine hohe Bedeutung hat und weiterzuentwickeln ist. Die sinkende BM-Quote bereitet Sorgen.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (2 Stellungnahmen)

LS ist der Meinung, BSLB solle man als staatliche Schlüsselstruktur definieren und ausbauen, aber nur für geringqualifizierte Personen (dadurch kein Giesskannenprinzip). **PS** schlägt vor, BSLB als neues Betrachtungsfeld zu berücksichtigen.

2.12.3 Wirtschaft

Arbeitgeberverbände (5 Stellungnahmen) und Betriebe (1 Stellungnahme)

SAV und **sgv** fordern eine bewusste Förderung sowie eine evidenzbasierte Diskussion über die Weiterentwicklung der dualen Berufsbildung. Das Schweizer Erfolgsmodell muss zukunftsfähig bleiben –

für eine starke Wirtschaft sowie für Jugendliche, Erwachsene und die öffentliche Hand, die von hocheffizienten und passgenauen Bildungsabschlüssen profitieren. Die Wirtschaftsverbände rufen alle Akteure dazu auf, dem gut funktionierenden System vermehrt Sorge zu tragen. Politische Forderungen müssen der wissenschaftlichen Evidenz standhalten können. **SAV** und **sgv** halten als wichtigste Forderungen fest:

Die rasche Wandlung des Arbeitsmarkts erfordert eine zeitnahe und effiziente Reformfähigkeit der Berufe. Der Berufsentwicklungsprozess und die notwendigen Entscheide müssen effizient und bei Bedarf auch während der 5-Jahres-Revisionszyklen möglich sein. Es braucht eine starke und verlässliche Verbundpartnerschaft. Die Prozesse müssen effizient sein und das Branchen- und Berufsprinzip sollen bewusst gefördert werden. Bewusste Bildungsentscheide, insbesondere bei den schulisch leistungsstarken Schülerinnen und Schülern in den Oberstufenklassen, müssen vermehrt gefördert werden. Die Anerkennung der Berufsbildung in der Gesellschaft muss gefördert werden (u.a. Einführung Titelzusätze HBB). Angebotsgestaltung und Förderung der Berufsbildung seitens der Kantone und des Bundes. Allgemeinbildende, vollschulische und kantonale Angebote müssen kritisch beobachtet und auf den Nutzen für die Wirtschaft überprüft werden und dürfen die duale Berufsbildung nicht verdrängen. Es braucht allenfalls gar eine Ausbaubremse von vollschulischen Alternativen. Es braucht eine klarere Positionierung der Tertiärbereiche und ein klares Bekenntnis zur höheren Berufsbildung auch seitens der Hochschulen. Die FH sollen sich als Hochschulabschluss im Anschluss an eine Berufsmaturität klar positionieren und sich bei den Zulassungskriterien, dem Studienaufbau und der Studienlänge passgenau und effizient auf die entsprechenden BM-Absolventinnen und -Absolventen ausrichten. Der Übergang an der Nahtstelle I zur Sek II-Stufe muss funktionieren und optimiert werden. Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen muss gefördert werden. Die Qualitätssicherung und verbindlichere Umsetzung innerhalb der Berufsbildung müssen verstärkt werden.

SDV weist darauf hin, dass eine Evaluation der laufenden Massnahmen wichtig ist. Zudem muss das Zusammenspiel der Akteure weiter gefördert und gestärkt werden. **SAV**, **sgv**, **scind** und **KvR** fordern, dass die Auswertung der Konsultation transparent zu erfolgen und die Stimmen der Teilnehmenden zu gewichten seien. **SWI** fordert angesichts des Wandels in der Arbeitswelt einen mutigen Blick zur Neuausrichtung der Berufsbildung.

Arbeitnehmerverbände (4 Stellungnahmen)

traf erinnert an die Herausforderungen bezüglich Chancengleichheit, Aufwertung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, Übergänge und Stärkung der HBB. Dies bedingt die verstärkte Zusammenarbeit der Akteure. Aus Sicht **BCH** ist nicht klar, wie der an der Verbundpartnertagung 2025 eingebrachte Vorschlag zur Vereinfachung der Qualifikationsverfahren umgesetzt wird. **SYNA** erinnert daran, dass die Verbundpartnerschaft Schlüssel für die gute Zusammenarbeit ist. Der **SGB** bemängelt die kurze Frist der Konsultation. Auch sind wichtige Studien wie zur HBB oder psychischen Gesundheit der Lernenden nicht in den Grundlagenbericht eingeflossen. Schliesslich hätte es der **SGB** begrüßt, wenn auch Einzelstimmen sich hätten äussern können.

2.12.4 Weitere

Forschungsinstitutionen und weitere Organisationen (1 Stellungnahme)

SAJV weist darauf hin, dass das Entlastungsprogramm 27 des Bundes (Pauschale auf Richtwert und Begrenzung Projektförderung auf 50%) kontraproduktiv zur Attraktivitätssteigerung der Berufsbildung ist.

3 Anhang

3.1 Liste der Abkürzungen

ABU	allgemeinbildender Unterricht (in der beruflichen Grundbildung)
BM	Berufsmaturität
BBG	Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (SR 412.10; Berufsbildungsgesetz)
BBV	Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (SR 412.101 Berufsbildungsverordnung)
BGB	Berufliche Grundbildung
BK	Berufskunde
BSLB	Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
B+Q	Berufsentwicklung und Qualität
CAS	Certificate of Advanced Studies
CM BB	Case Management Berufsbildung
DAS	Diploma of Advanced Studies
EBA	Eidgenössisches Berufsattest
ECTS	European Credit Transfer and Accumulation System
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis
FH	Fachhochschule
fiB	Fachkundige individuelle Begleitung
FMS	Fachmittelschule
HarmoS	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule
HBB	Höhere Berufsbildung
HF	Höhere Fachschule
IIZ	Interinstitutionelle Zusammenarbeit
INVOL	Integrationsvorlehre
KI	Künstliche Intelligenz
LVA	Lehrvertragsauflösung
MAS	Master of Advanced Studies
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
OdA	Organisation der Arbeitswelt
PH	Pädagogische Hochschule
PrA	Praktische Ausbildung
QV	Qualifikationsverfahren
SDBB	Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsbildung Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
üK	Überbetrieblicher Kurs
VPT	Verbundpartnertagung

3.2 Liste der Stellungnehmenden

Bund	
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
EBGB	Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SEM	Staatssekretariat für Migration

Kantonale Konferenzen	
CLPO	Conférence latine de l'enseignement postobligatoire
SVAK	Schweizerische Volksschulämterkonferenz
ZBK	Zentralschweizer Berufsbildungsämter-Konferenz
Kantonale Ämter	
BB AG	Kanton Aargau, Abteilung Berufsbildung und Mittelschule
BB BE	Kanton Bern, Bildungs- und Kulturdirektion, Mittelschul- und Berufsbildungsamt
BB BL	Kanton Basel-Landschaft, Dienststelle Berufsbildung, Mittelschulen, Hochschulen
BB BS	Kanton Basel-Stadt, Erziehungsdepartement, Bereich Mittelschulen und Berufsbildung
BB GE	Kanton Genf, Direction Générale de l'office pour l'orientation, la formation professionnelle et continue
BB GL	Kanton Glarus, Bildung und Kultur, Höheres Schulwesen und Berufsbildung
BB GR	Kanton Graubünden, Amt für Berufsbildung
BB NE	Kanton Neuenburg, Service des formations postobligatoires et de l'orientation
BB SG	Kanton St. Gallen, Amt für Berufsbildung
BB SH	Kanton Schaffhausen, Dienststelle Berufsbildung und Berufsberatung
BB SO	Kanton Solothurn, Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
BB TI	Divisione della formazione professionale del Cantone Ticino
BB UR	Kanton Uri, Bildungs- und Kulturdirektion
BB VD	Kanton Waadt, Direction générale de l'enseignement postobligatoire
BB VS	Kanton Wallis, Dienststelle für Berufsbildung
BB ZH	Kanton Zürich, Mittelschul- und Berufsbildungsamt
MiS TG	Kanton Thurgau, Amt für Mittel- und Hochschulen
VoS FR	Kanton Freiburg, Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht
VoS GR	Kanton Graubünden, Amt für Volksschule und Sport
VoS LU	Kanton Luzern, Dienststelle Volksschulbildung
VoS NE	Kanton Neuenburg, Service de l'enseignement obligatoire
VoS OW	Kanton Obwalden, Amt für Volks- und Mittelschulen Obwalden
VoS SG	Kanton St. Gallen, Bildungsdepartement, Amt für Volksschule
VoS SZ	Kanton Schwyz, Bildungsdepartement, Amt für Volksschulen und Sport
VoS VD	Kanton Waadt, Direction générale de l'enseignement obligatoire et de la pédagogie spécialisée
Bi JU	Kanton Jura, Fonds pour le soutien aux formations professionnelles
Bildungsinstitutionen bis Sek II-Stufe	
aBi	axisBildung
BZSoG	Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen, Kaufmännische Berufsfachschule
BFSU	Berufsfachschule Uster
CFPA	Centre de Formation Professionnelle Arts Genève
etml	École Technique – École des Métiers de Lausanne
gibb	gibb, Berufsfachschule Bern
KBSG	Kaufmännische Berufsfachschule Glarus
KSR	Kantonsschule Romanshorn
log	login Berufsbildung AG
PRE	PRO Entreprise Sociale Privée
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
TAS	Talentspace.ch
VBV	Berufsbildungsverband der Versicherungswirtschaft
Tertiärer Bildungsbereich	
AMS	Association of Management Schools Switzerland

ds	dualstark, Konferenz der Berufs- und höheren Fachprüfungen
K-HF	Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen
ZbW	Zentrum für berufliche Weiterbildung
Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	
BSLB VS	Kanton Wallis, Office d'orientation scolaire, professionnelle et de carrière
BSLB ZH	Kanton Zürich, Amt für Jugend und Berufsberatung
LS	Laufbahngwiss, Fachverband der freischaffenden Laufbahnfachleute
PS	Profunda Suisse, Fachverband der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
Arbeitgeberorganisationen	
BioS	Bio Suisse, Dachverband der Schweizer Biolandbau-Organisationen
H+	H+, Die Spitäler der Schweiz
OdA BUG	Organisation der Arbeitswelt Bewegung und Gesundheit
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SAV und sgv	AIHK Aargauische Industrie- und Handelskammer AITI Associazione Industrie Ticinesi Ausbildungs- und Prüfungsbranchen Bildung Detailhandel Schweiz (Textil, Parfümerie, Möbel, Schuhe) Arbeitgeberverband Region Basel ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband BDS Bildung Detailhandel Schweiz Berner KMU BIKAS Bildung Kaufleute Schweiz Cc-Ti Camera di commercio, dell'industria, dell'artigianato e dei servizi del Cantone Ticino Centre Patronal Economiesuisse EIT.Swiss GastroSuisse Gewerbeverband Kanton Zug gvbs Gewerbeverband Basel-Stadt Holzbau Schweiz HotellerieSuisse ICT-Berufsbildung IG UnBB Interessengemeinschaft Unternehmen mit nationaler Berufsbildung kibesuisse Kgv gr Bündner Gewerbeverband MMTS MultimediaTec Swiss Netzwerk Kleinstberufe OdA AgriAliForm OdA Bewegung und Gesundheit SBC Schweizer Bäcker-Confiseur Verband SBV Schweizerischer Baumeisterverband scienceindustries SDV Schweizerischer Drogistenverband SFF Schweizer Fleisch-Fachverband SFGV Schweizerischer Fitness- und Gesundheitscenter Verband SMGV Schweizerischer Maler- und Gipserunternehmer-Verband SuisseTec SVIK Schweizerischer Verband für interne und integrierte Kommunikation SVV Schweizerischer Versicherungsverband SWICO Der Verband der Digitalisierer Swiss Banking Swissmechanic

	Swissmem SwissTextiles UPCF Union Patronale du Canton de Fribourg VBV Berufsbildungsverband der Versicherungswirtschaft VFAS Verband freier Autohandel Schweiz VSGU Verband Schweizer Goldschmiede und Uhrenfachgeschäfte VSP Verband Schweizer Papeterien VSSM Verband Schweizerischer Schreinermeister und Möbelfabrikanten VTS Verband Textilpflege Schweiz VZH Arbeitgeber Zürich Wirtschaftskammer Baselland
scind	scienceindustries, Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences
SDV	Schweizerischer Drogistenverband
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband
stec	suisse tec, Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband
SWI	SWICO - Der Verband der Digitalisierer
VSBS	Verband Schweizer Bildhauer und Steinmetze
Betriebe	
BLS	BLS AG, Bern-Lötschberg-Simplon Aktiengesellschaft
BU	Betrieb aus der Uhrenbranche ohne Namensangabe
KvR	Konditorei-Confiserie von Rotz GmbH
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen	
OSB	OdA Soziales Bern
Arbeitnehmerorganisationen	
BCH	BCH-FPS Dachverband Berufsbildung Schweiz Faîtière Formation Professionnelle Suisse
KFMV	Kaufmännischer Verband Schweiz
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SYNA	SYNA - Die Gewerkschaft
traf	transfair, Personalverband im Service Public
TS	Travail.Suisse, Dachverband der Arbeitnehmenden in der Schweiz
Weitere	
Forschungsinstitutionen	
EHB	Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz, Zentrum für Arbeitsmärkte, Digitalisierung und Regionalisierung
Organisationen	
CYC	Check your Chance
EICH	Elternbildung CH - Formation des Parents CH - Formazione dei Genitori CH
PrJu	Pro Juventute
SAJV	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
SSK	Verein SwissSkills